

T A G E S O R D N U N G

Ö F F E N T L I C H

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich nenne wie immer zunächst die Tagesordnungspunkte, die en bloc abgestimmt worden sind und zwar ist das von der Tagesordnung das Stück 2), 3), 4), 5), 6) gegen die Stimmen der Grünen, 7), 9), 12), 13), 14), 15), 16) gegen die Stimmen der FPÖ, 17), 20), 21), 29). Dann kommen wir zum Nachtrag, Stück Nummer 1) ist abgesetzt, 2) gegen die Stimmen der KPÖ, 4), 5) gegen die Stimmen der Grünen und der KPÖ, 6) und 7), 10), 11), 12), 13), 14), und Stück Nummer 15) ist abgesetzt. Wir kommen jetzt zum zweiten Nachtrag, der ist zur Gänze en bloc abgestimmt worden, 1), 2) 3) und zwar einstimmig.

2) Präs. 27437/2007-1

Verband „Land&Forst Betriebe
Österreich“ Beitritt und Vertretung der
Stadt Graz

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Graz tritt dem Verband „Land&Forst Betriebe Österreich“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt als ordentliches Mitglied gemäß den in der Anlage angeschlossenen, einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses bildenden Verbandssatzungen bei.
2. Als Vertretung der Stadt Graz wird in die Vollversammlung des Verbandes Herr Ing. Peter Bedenk, Leiter des Referates Forstwesen in der A 8/5, entsendet.

3. Kosten aus der Mitgliedschaft zum Verband „Land&Forst Betriebe Österreich“ entstehen keine.
4. Die Geschäftsführung betreffend die Mitgliedschaft der Stadt Graz im Verband „Land&Forst Betriebe Österreich“ obliegt der Mag.-Abt. 8/5 – Liegenschaftsverwaltung.

3) A 4 – K 410/qu/2000/1

Gemeindejagden in Graz
Aufteilung des Pachtzinses für das
Jagdjahr 2007/2008

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der für das laufende Jagdjahr für die Grazer Gemeindejagdgebiete erzielte Jagdpachtzins wird unter Zugrundelegung des Flächenausmaßes der in das jeweilige Gemeindejagdgebiet einbezogenen Grundstücke gemäß § 21 Abs. 1 des Steiermärkischen Jagdgesetzes 1986, LGBl. 1986/23 idF LGBl. 2005/11, wie in der beiliegenden Kundmachung angeführt, auf die Grundeigentümer aufgeteilt.

Die Grundbesitzer dieser Jagdgebiete haben ihre Anspruchsberechtigung durch Vorlage eines Grundbuchsauszuges, der nicht älter als sechs Monate sein darf, beim Magistrat Graz, BürgerInnenamt, Amtshaus, Schmiedgasse 26, 3. Stock, Tür 315, darzulegen.

Anteile, die nicht sechs Wochen nach der Kundmachung dieses Gemeinderatsbeschlusses behoben wurden, verfallen gemäß § 21 Abs. 3 leg. cit. Zugunsten der Gemeindekasse.

4) A 5 – 1580/2004

SeniorInnenwohnanlage
Körblergasse 82, 82a und 82b;
Finanzmittelbedarf für dringend
notwendige Erhaltungsarbeiten in der
Höhe von insgesamt € 898.293,- auf der
Fipos 5.42010.777000;
Aufwandsgenehmigung

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes die Aufwandsgenehmigung in der Höhe von € 898.293,- erteilen.

Die Bedeckung ist auf der Fipos 5.42010/777000 gegeben.

5) A 8-19542/06-10

steirischer herbst festival GmbH
Generalversammlung, 20.9.2007;
Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.32/2005, beschließen.

Der Vertreter der Stadt Graz in der steirischer herbst festival GmbH, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, wird ermächtigt, in der am 20.9.2007 stattfindenden Generalversammlung der Gesellschaft insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Wahl der Abschlussprüfer 2006 und 2007
2. Beschlussfassung über die Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2006
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates.

6) A 8 – 18561/06-14

Kunsthhaus Graz Gesellschaft m.b.H.
Wahl in den Aufsichtsrat
Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz; Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 in der Fassung LGBl.Nr. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Kunsthhaus Graz Gesellschaft m.b.H., StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt mittels Umlaufbeschluss insbesondere folgendem Antrag zuzustimmen:

Der Wahl von

DI Barbara Binder, Büro Landeshauptmann-Stv. Dr. Kurt Flecker
Heinrich Fischer, Büro Landeshauptmann-Stv. Dr. Kurt Flecker
Mag. Ingo List, Büro Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer
Mag. DDr. Gabriele Russ, Leiterin der Abteilung 9, Kultur

in den Aufsichtsrat der Kunsthhaus Graz GmbH für die neue Funktionsperiode wird zugestimmt.

7) A 8 – 18345/06-11

Landesmuseum Joanneum GmbH
Richtlinien für die ao. Generalver-
sammlung am 20.9.2007 gem. § 87
Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Stimmrechtsermächtigung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 32/2005 beschließen:

Die Vertreter der Stadt Graz in der ao. Generalversammlung der Landesmuseum Joanneum GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler und StR. Werner Miedl, werden

ermächtigt, in der am 20.9.2007 stattfindenden ao. Generalversammlung der Gesellschaft folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung der Verschmelzungsbilanz vom 31.12.2006 (Verschmelzung der Landesmuseum Joanneum GmbH als übernehmende Gesellschaft und der Service Gesellschaft der Landesmuseum Joanneum GmbH als übertragende Gesellschaft)
2. Beschlussfassung über die Verschmelzung der Service Gesellschaft der Landesmuseum Joanneum GmbH als übertragende Gesellschaft mit der Landesmuseum Joanneum GmbH als übernehmende Gesellschaft und Genehmigung des Verschmelzungsvertrages.

9) A 8 – 2/2007-77

Stadtbaudirektion;
VLSA Neubau – Verkehrssteuerzentrale;
Kreditansatzverschiebung in der Höhe
von € 24.800,- in der AOG 2007

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 32/2005 beschließen:

In der AOG des Voranschlages 2007 wird die Fipos

5.64000.050200	„Sonderanlagen, Verkehrssignalanlagen-Neubau“ um	€ 24.800,-
----------------	---	------------

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

5.64000.050000	„Sonderanlagen, Verkehrssteuerzentrale“ um denselben Betrag gekürzt.
----------------	---

12) A 8 – 8/2007-23

Abteilung für Informationsmanagement,
Microsoft-Lizenzen;1. Projektgenehmigung über€ 1.251.800,- in der AOG 2007-20102. Kreditansatzverschiebung über€ 203.700,- in der AOG 2007

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 beziehungsweise § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.130/1967 idF LGBl. 32/2005 beschließen:

In der AOG 2007-2010 wird die Projektgenehmigung „Microsoft-Lizenzen“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.251.800,- im Rahmen des AOG-Programms 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2007	MB 2008	MB 2009	MB 2010
Microsoft-Lizenzen	1.251.800	2007-2010	203.700	203.700	472.400	372.000

beschlossen.

In der AOG des Voranschlages 2007 wird die Fipos

5.01600.070000 „Aktivierungsfähig Rechte, Microsoft-Lizenzen“
(Anordnungsbefugnis MDIM) mit € 203.700,-

geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

5.01600.728990 „Entgelte für sonstige Leistungen, EDV“

um denselben Betrag gekürzt.

13) MD-IM 737/2007-2

Microsoft-Lizenzen;Abschluss des Enterprise-Vertrages;Antrag auf Projektgenehmigung über€ 1.251.800,- für die Jahre 23007 bis2010; Dkl. MD200

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Europäische Integration und Menschenrechte stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 idgF den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für den Enterprise-Vertrag für die Jahre 2007 bis 2010 wird erteilt. Die Gesamtaufwendungen betragen maximal 1.251.800,- inkl. nicht abzugsfähiger MWSt und werden in den Jahren 2007 bis 2010 in der Deckungsklasse MD200 folgendermaßen budgetiert:

Summe für das Jahr 2007:	203.700,-
Summe für das Jahr 2008:	203.700,-
Summe für das Jahr 2009:	472.400,-
Summe für das Jahr 2010:	372.000,-
Gesamtkosten	1.251.800,-

14) A 8 – 22283/06-9
A 8 – 8/2006-10
A 10/1P-024375/2005/8

Grazer Parkraummanagement GmbH.;
Parkkonzept Änderungsmaßnahmen –
Einrichtung Parkzonen und Errichtung
P&R; Evaluierung;
Abschluss eines Finanzierungsvertrages

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967, i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005, beschließen:

Der Finanzierungsvertrag, abzuschließen zwischen der Stadt Graz und der Grazer Parkraummanagement GmbH, für die Evaluierung (Vor- und Nacherhebung der Auslastung der Parkplätze) des Projektes „Parkkonzept Änderungsmaßnahmen – Einrichtung Parkzonen und Errichtung P&R“ in Höhe von € 20.000,-, wird genehmigt. Der Finanzierungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung.

15) A 8/2-K 29097/2006-3

Stmk. Landesabgabenordnung – LAO;
Petition des Gemeinderates an den
Steiermärkischen Landtag

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle im Wege einer Petition gemäß § 45 Abs. 2 Z. 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF. LGBl. Nr. 32/2005, an den Steiermärkischen Landtag mit der Anregung um Novellierung der Steiermärkischen Landesabgabenordnung in der Art und Weise, dass das landesrechtliche Abgabenverfahrensrecht an die modernen Bestimmungen der Bundesabgabenordnung oder verfahrensrechtlich ähnlich fortschrittlicher Verfahrensvorschriften angepasst wird, herantreten.

16) A 8/4-1464/2001

Verlängerung Linie 6
Abschnitt Eisteichgasse – Bereich
St. Peter Hauptstraße bis Plüddemann-
gasse

1.) Kostenlose und lastenfreie

Übertragung der im
eisenbahnrechtlichen Verfahren
eingelösten Grundstücksflächen aus
dem Eigentum der Grazer Stadtwerke
AG in das öffentliche Gut der Stadt
Graz

2.) Übernahme der im straßenrechtlichen
Verfahren eingelösten Grundstücks-
flächen in das öffentliche Gut der
Stadt Graz

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 32/2005, beschließen:

- 1.) Der kostenlose Erwerb – wie nachfolgend aufgelistet – der im eisenbahnrechtlichen Verfahren durch die Grazer Stadtwerke AG eingelösten Grundstücksflächen und die Übernahme in das öffentliche Gut der Stadt Graz zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird genehmigt.

Teilfläche	Fläche	Gdst.Nr.	EZ	grundbücherl. Eigentümer
3A	73 m ²	109/1	214	Hössl Maria Brückler Johann
4°	20 m ²	103/16	1485	Lickl Johannes
5A	19 m ²	109/3	456	Kremnitzer Peter
6A	4 m ²	103/11	1063	Dr. Ghassempur H. Ghassempur Irmgard
7°	43 m ²	109/2	207	Retzer Friedrich
8A	3 m ²	103/12	226	Dr. Ghassempur H. Ghassempur Ingrid

- 2.) Die Übernahme der im straßenrechtlichen Verfahren durch die Stadt Graz eingelösten und im Bauverfahren zur Abtretung vorgeschriebenen Grundstücksflächen – wie nachfolgend aufgelistet – in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

Teilfläche	Fläche	Gdst.Nr.	EZ	grundbücherl. Eigentümer
1B	2 m ²	.3/3	230	Dr. Kollaritsch Alfred
2C	72 m ²	103/14	1472	Koch Karl DI. Blaickner Katharina Dr. Laszlo Karacsony
3B	5 m ²	109/1	214	Hössl Maria Brückler Johann
4B	33 m ²	103/16	1485	Lickl Johannes
6B	19 m ²	103/11	1063	Dr. Ghassempur H. Ghassempur Irmgard
8B	33 m ²	103/12	226	Dr. Ghassempur H. Ghassempur Irmgard

- 3.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten der Stadt Graz.
- 4.) Die Vermessung und die Errichtung des Teilungsplanes erfolgt durch und auf Kosten der Grazer Stadtwerke AG.
- 5.) Die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das Stadtvermessungsamt nach § 15 LTG.

- 6.) Die Errichtung der eventuell notwendigen Verträge erfolgt durch das Präsidialamt
– Referat für Zivilrechtsangelegenheiten

17) A 8/4/18898/2007

Städt. Gdst. Nr. 2/79, 2/81 und 2/85, EZ 701, je KG 63113 Liebenau, gelegen an der Andersengasse/Eduard-Keil-Gasse
Einräumung einer grundbücherlichen Dienstbarkeit der Verlegung und des Betriebes von Wasserversorgungsleitungen zugunsten der Grazer Stadtwerke AG ab 1.10.2007 auf immer währende Zeit;
Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

Der Grazer Stadtwerke AG, Andreas-Hofer-Platz 15, 8010 Graz, wird die grundbücherliche Dienstbarkeit der Duldung zur Verlegung, des Bestandes und Betriebes von Wasserversorgungsleitungen inkl. Nebenanlagen auf den städtischen Grundstücken Nr. 2/79, 2/81 und 2/85, EZ 701, je KG 63113 Liebenau, gelegen an der Andersengasse/Eduard Keil Gasse, im beiliegenden Lageplan rot eingezeichnet, ab 1.10.2007 auf immer währende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

20) A 8 – 30034/06-9
A 16-30591/2005/-18

HLH Hallenverwaltung GmbH
1. Genehmigung der finanziellen
Vorsorge für den laufenden Betrieb der
HLH Hallenverwaltung GmbH für das
Jahr 2008;
2. Information zum Jahresabschluss per
31.12.2006

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss sowie der Kultur- und Sportausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Gemäß § 45 Abs. 2 Z 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz LGBI. 130/1967 i.d.F. LGBI. 32/2005 wird, wie im Motivenbericht ausgeführt, dem Abschluss eines Finanzierungsvertrages zwischen der Stadt Graz und der HLH Hallenverwaltung GmbH in Höhe von € 180.000,00 für 2008, bedingt mit dem Nachweis der Auszahlung des analogen Landeszuschusses in Höhe von Euro 360.000,-, zugestimmt.

Der dieser Beschlussfassung beiliegende Finanzierungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung.

2. Die Information zum Jahresabschluss zum 31.12.2006 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

21) A 8 – 8/2007-25
A 16-2954/2007-12

Stadtbibliothek - Graz-Ost
Projektgenehmigung in Höhe von
€ 300.000,- in der AOG 2007-2008 und
Ausgabenerhöhung von € 200.000,- in
der AOG 2007

Der Kultur- und Sportausschuss sowie der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellen gemäß § 45 Abs. 2, § 90 Abs. 4, § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, i.d.F. 32/2005 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Eröffnung einer neuen Stadtbibliothek mit dem Standort Schillerstraße 53 wird zugestimmt.
2. Die Projektgenehmigung für die Einrichtung der Stadtbibliothek am Standort Schillerstraße 53 mit einem Gesamtbetrag von € 300.000,- in der AOG in der Anordnungsbefugnis des Kulturressorts und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung

Punkt I Ziffer 6 der Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit wird dahingehend geändert, dass die Wortfolge im ersten Halbsatz „des Namens und/oder“ entfällt.

NT 4) A 8-21515/2006-24

Grazer Bau- und Grünland-
sicherungsges.m.b.H.;
Ermächtigung der Vertreter der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz;
Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967, i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005, beschließen:

Die Vertretung der Stadt Graz in der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsges.m.b.H., Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler und Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, werden ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Art der Beschlussfassung (Umlaufbeschluss)
2. Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2006
3. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2006
4. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2006.

NT 5) A 8 – 16565/2006-8

AEVG Abfall- Entsorgungs- und
VerwertungsGmbH,
Einrichtung von 50%-Anteilen der Stadt
Graz in die Grazer Stadtwerke AG -
Verträge

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 8 iVm § 87 Abs. 2 des Statutes der

Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967, idF LGBl.Nr. 32/2005, beschließen:

Die Umsetzung des Beschlusses vom 19.4.2007, GZ. A 8-16565/2006-2 durch nachfolgende Verträge wird genehmigt.

Geringfügige von Experten empfohlene Formulierungsänderungen und eine Gender-Anpassung sollten noch in die Verträge eingearbeitet werden und gelten als genehmigt.

NT 6) A 8 – 21795/06-17

„Messe Center Graz“ Infrastruktur- und Stadtteilentwicklungsgen.reg.Gen.m.b.H.; Ao. Generalversammlung am 20.9.2007; Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der „Messe Center Graz Infrastruktur- und Stadtteilentwicklungsgen.reg.Gen.m.b.H.“, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, wird ermächtigt, in der am 20.9.2007 stattfindenden a.o. Generalversammlung der Gesellschaft insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

- Genehmigung der Umgründungsmaßnahmen hinsichtlich der Zusammenführung der Grazer Congress Gesellschaft m.b.H. mit der Messe Center Graz Betriebsgesellschaft m.b.H. bzw. Betriebsgesellschaft m.b.H. & Co KG
- Beschlussfassung über die Änderung der Satzung betreffend den Firmenwortlaut.

NT 7) A 8 – 2/2007-82

Abteilung für Grünraum und Gewässer;
Eingangsplatz Augartenbrücke;
Kreditansatzverschiebung in der Höhe
von € 53.800,- in der AOG 2007

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 32/2005 beschließen:

In der AOG des Voranschlages 2007 wird die Fipos

5.81500.052100	„Sonderanlagen, Eingangsplatz Augartenbrücke“	
	(Anordnungsbefugnis: 1005) mit	€ 53.800,-

geschaffen und zur Bedeckung die Fiposse

5.81500.050600	„Sonderanlagen, Augarten“ um	€ 18.800,-
----------------	------------------------------	------------

5.81500.050140	„Sonderanlagen, Stadtpark-Sanierung“ um	€ 35.000,-
----------------	---	------------

gekürzt.

NT 10) A 8 – 19047/06-4

Steiermärkische Landesdruckerei GmbH
Graz in der o. Generalversammlung
gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Stimmrechtsermächtigung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz idF. LGBl. 32/2005, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Steiermärkischen Landesdruckerei GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, in der am 2.10.2007 um 11.00 Uhr

stattfindenden ord. Generalversammlung der Gesellschaft insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung des Jahresabschlusses 2006 und Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes, Vortrag des Bilanzgewinnes per 31.12.2006 € 72.537,60 auf neue Rechnung
2. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2006
3. Investitionsprogramme 2007 bis 2009
4. Bestellung der „Süd-Ost-Treuhand GmbH“ als Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2007, Bestellung von DI Gerhard Steindl als weiteren Geschäftsführer.

NT 11) A 8 – 8/2007-26

Stadtschulamt,
Ganztägige Schulformen VS Geidorf,
PädagogInnen für den Freizeitteil
Projektgenehmigung über € 147.800,- in
der OG 2007-2011

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt LGBl. 130/1967 idF LGBl. 32/2005 beschließen:

In der OG 2007-2011 wird die Projektgenehmigung „VS Geidorf – Ganztägige Schulformen“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 147.800,-

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2007	MB 2008	MB 2009	MB 2010	MB 2011
Ganztägige Schulformen VS Geidorf	147.800	2007-2011	11.700	35.500	36.700	38.000	25.900

beschlossen. Die Kosten sind über die Eckwerte 2007-2011 des Stadtschulamtes zu finanzieren.

In der OG des VA 2007 wird die Fipos

1.21100.728700 „Entgelte für sonstige Leistungen, Ganztägige

Schulformen“ um € 11.700,-
erhöht und zur Bedeckung die Fipos
1.21100.751001 „Lfd. Transferzahlungen an Länder und Landesfonds“
um denselben Betrag gekürzt.

NT 12) SSA – 19190/2006-11

Ganztägige Schulformen an der VS
Geidorf, Bereitstellung von PädagogInnen
für den Freizeitteil; Beauftragung von
SALE Projektmanagement & Consulting;
Projektgenehmigung für die Jahre 2007
bis 2011 über € 147.800,-

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle der Beistellung von pädagogischem Personal für die Freizeitbetreuung an der ganztägigen Schulform der VS Geidorf mit einem Finanzierungsaufwand von gesamt € 147.800,- für die Zeit vom Schulbeginn 1.9.2007 bis 31.8.2011 die Zustimmung erteilen, die Bedeckung erfolgt aus der Fipos 1.21100.728700.

NT 13) A 8 – 8/2007-27

Stadtschulamt,
VS und HS Ellen Key,
Nachmittagsbetreuung;
Projektgenehmigung über € 26.800,- in
der OG 2007-2008

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl.32/2005 beschließen:

In der OG 2007-2008 wird die Projektgenehmigung „VS und HS Ellen Key – Nachmittagsbetreuung“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 26.800,-

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2007	MB 2008
VS und HS Ellen Key Nachmittagsbetreuung	26.800	2007-2008	9.000	17.800

beschlossen. Diese Kosten für 2008 sind über den Eckwert 2008 des Stadtschulamtes zu finanzieren.

In der OG des VA 2007 werden die neuen, gegenseitig deckungsfähigen Fiposse

1.21100.728710 „Entgelte für sonstige Leistungen, VS Ellen Key“
(Anordnungsbefugnis: SSA) mit € 4.500,-

1.21200.728710 „Entgelte für sonstige Leistungen, HS Ellen Key“
(Anordnungsbefugnis: SSA), mit € 4.500,-

geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

1.21100.728310 „Entgelte für sonstige Leistungen, Nachmittags-
betreuung VS Elisabeth“ um € 9.000,-

gekürzt.

NT 14) SSA – 29299/2006-1

Nachmittagsbetreuung an der VS und HS
Ellen Key; Beauftragung der
Kinderfreunde Steiermark für das
Schuljahr 2007/2008;
Projektgenehmigung über € 26.800,-

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle einer Weiterführung der Nachmittagsbetreuung an der VS und HS Ellen Key mit einem Finanzierungsaufwand für die Stadt Graz für den Zeitraum vom Schulbeginn 2007 bis 31.8.2008 von € 26.800,- die Zustimmung erteilen sowie die zur Projektrealisierung erforderliche Vereinbarung zwischen der Stadt Graz und dem Verein Kinderfreunde Steiermark, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildet, genehmigen.

2. NT 1) A 8 – 29155/06-6

Handelsmarketing Graz GmbH;
Stimmrechtsermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz gemäß § 87 Abs.
2 des Statutes der Landeshauptstadt
Graz 1967; Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 32/2005, im Sinne des Motivenberichtes beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Handelsmarketing Graz GmbH, StR. Detlev Eisel-Eiselsberg, wird ermächtigt, im Umlaufwege insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusse 2006
3. Beschlussfassung über die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2006
4. Wahl von
Mag. Susanne Bauer
Heimo Lercher
Michael Günzberg
Mag. Christine Korp

in den Aufsichtsrat und Beschluss über die Abberufung des gesamten Aufsichtsrates gem. § 30 b Abs. 3 GmbHG mit der Generalversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2007 beschließt.

2. NT 2) A 8 – 8/2007-28

Stadtschulamt,
Ganztägige Schulformen HS Engelsdorf,
Projektgenehmigung über € 123.000,- in
der OG 2007-2011

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LgBl. 32/2005 beschließen:

In der OG 2007-2011 wird die Projektgenehmigung „HS Engelsdorf – Ganztätige Schulformen“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 123.000,-

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2007	MB 2008	MB 2009	MB 2010	MB 2011
Ganztägige Schulformen HS Engelsdorf	123.000	2007-2011	9.600	29.700	30.600	31.500	21.600

beschlossen. Diese Kosten sind über die Eckwerte 2007-2011 des Stadtschulamtes zu finanzieren.

2. NT 3) SSA – 13675/2003-45

Ganztägige Schulformen an der HS Engelsdorf; Bereitstellung von PädagogInnen für den Freizeitteil; Beauftragung von WIKI Steiermark; Projektgenehmigung für die Jahre 2007 bis 2011 über € 123.000,-

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle der Beistellung von pädagogischen Personal für die Freizeitbetreuung an der ganztägigen Schulform der HS Engelsdorf mit einem Finanzierungsaufwand von insgesamt € 123.000,- für die Zeit vom Schulbeginn 2007 bis 31.8.2011 die Zustimmung erteilen; die Bedeckung erfolgt aus der Fipos. 1.21200.728700.

Die Tagesordnungspunkte 2), 3), 4), 5), 7), 9), 12), 13), 14), 15), 17), 20), 21), 29), NT 4), NT 6), NT 7), NT 10), NT 11), NT 12), NT 13), NT 14), 2. NT 1), 2. NT 2) und 2. NT 3) wurden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 6), 16), NT 2) und NT 5) wurden mit Mehrheit angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das Stück Nummer 27 der Tagesordnung ist ebenfalls abgesetzt.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

22) A 14-K-596/1997-245

3.08 Stadtentwicklungskonzept der
Landeshauptstadt Graz
8. Änderung 2007 - Entwurf
Beschluss über die öffentliche Auflage

Dipl.-Ing. **Topf**: Es geht in diesem Stück um das 3.08 Stadtentwicklungskonzept, 8. Änderung 2007, um den Entwurf, also über den Beschluss zur öffentlichen Auflage. Ich darf in zwei Sätzen die vorgesehenen Änderungen erläutern, die nunmehr vorgesehenen Änderungen betreffen das Schulzentrum St. Peter Sonderfläche Berufsbildende höhere Schule anstelle von Wohngebiet mittlerer Dichte und den Bereich der ehemaligen Sektkellerei Kleinoscheg in Gösting, Wohngebiet mittlerer Dicht anstelle von Industrie- und Gewerbegebiet. Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung darf ich nunmehr den Antrag stellen, der Gemeinderat möge beschließen, erstens die Absicht, die funktionelle Gliederung des 3.0 Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Graz in der Fassung 3.07, den oben angeführten, also in den zwei erläuterten Punkten zu ändern, zweitens den Entwurf des 3.08 Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Graz, 8. Änderung 2007, im Amtsblatt vom 3. Oktober 2007 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 4. Oktober bis 3. Dezember 2007 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) Die Absicht, die „Funktionale Gliederung“ des 3.0 Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Graz idF 3.07 in den oben angeführten Punkten zu ändern.

- 2) Den Entwurf des 3.08 Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Graz – 8. Änderung 2007 im Amtsblatt vom 3. Oktober 2007 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 4. Oktober bis 3. Dezember 2007 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (43 : 0).

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

23) A 14-K-972/2007-1

3.14 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz;
14. Änderung 2007 – Entwurf
Beschluss zur öffentlichen Auflage

Dipl.-Ing. **Topf**: In diesem Stück geht es um den 3.14 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz, die 14. Änderung 2007, um den Entwurf auch in diesem Fall und den Beschluss zur öffentlichen Auflage. Im Wesentlichen geht es um vier Punkte, die in diesem Flächenwidmungsplan geändert werden sollten. Ich darf sie kurz anführen, auch hier wieder das Schulzentrum St. Peter in konsequenter Weiterführung des Stadtentwicklungskonzeptes LIG und MWG WohnbaugesmbH. WIKU Sandgasse Punkt eins, Punkt 2 um den bereits erwähnten Bereich Anton-Kleinoscheg-Straße, dann in weiterer Folge um den Punkt 3 Staber und CGT, Waltendorfer Hauptstraße und im Punkt 4 geht es um die Tennisanlage Andritz. Ich darf namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag stellen, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen, erstens die Absicht, den 3.0 Flächenwidmungsplan 2002 in der Fassung 3.13 in den in der Verordnung, den plangrafischen Darstellungen und dem Erläuterungsbericht angegebenen vier Punkten, die ich vorher kurz erwähnt habe, zu ändern und zweitens, den Entwurf zum 3.14 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz 14. Änderung 2007 im Amtsblatt vom 3. Oktober 2007 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 4. Oktober 2007 bis 3.

Dezember 2007 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Absicht den 3.0 Flächenwidmungsplan 2002 in der Fassung 3.13 in den in der Verordnung, der plangraphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen 4 Punkten zu ändern.
2. Den Entwurf zum 3.14 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz – 145. Änderung 2007 im Amtsblatt vom 3. Oktober 2007 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 4. Oktober 2007 bis 3. Dezember 2007 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (44 : 0).

Berichterstatter: GR. Trummer

24) A 14-K-949/2006-15

3.12 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz
12. Änderung 2007
Beschluss

GR. **Trummer:** Geschätzter Herr Stadtrat, meine Damen und Herren! Es geht um den Flächenwidmungsplan 3.12, die 12. Änderung 2007. Es ist eben die Absicht, diesen Flächenwidmungsplan zu ändern und laut Statut der Landeshauptstadt Graz wurde diese Änderung auch im Amtsblatt am 3. Mai kundgemacht und in der Zeit vom 4. Mai bis 30. Juni wurde er auch öffentlich aufgelegt. Diese Kundmachung ist selbstverständlich auch an alle Stellen gegangen, an die betroffenen Bezirke und zwar war das Innere Stadt, Geidorf, Liebenau, Ries, Andritz, Gösting, Straßgang und Puntigam und in dieser Kundmachung waren natürlich auch alle von der Änderung

erfassten Flächen beschrieben und graphisch dargestellt. Es handelt sich um 15 Punkte, ich glaube, ich brauche sie nicht vorlesen, weil sie ausführlich bekannt sind, dem Ausschuss bekannt sind. Während dieser Auflagezeit hat es vier Einwendungen und sechs Stellungnahmen gegeben, diese wurden natürlich bearbeitet und erledigt. Der Ausschuss hat sich damit ausführlich beschäftigt und stelle daher den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen: Erstens den 3.12 Flächenwidmungsplan, 12. Änderung 2007 der Landeshauptstadt Graz gemäß den in der Vereinbarung der graphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen Punkten, zweitens die Einwendungserledigung im Sinne des Gemeinderatsberichtes. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. den 3.12 Flächenwidmungsplan – 12. Änderung 2007 der Landeshauptstadt Graz gemäß den in der Verordnung, der graphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen Punkten,
2. die Einwendungserledigung im Sinne dieses Gemeinderatsberichtes.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (45 : 0).

Berichterstatter: GR. Eichberger

25) A 14-K-777/2002-27

3.0 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz
Deckplan 1 (Baulandzonierung)
5. Änderung 2007 - Entwurf
Beschluss zur öffentlichen Auflage

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In diesem Stück geht es um die 5. Änderung 2007, Deckplan 1, Baulandzonierung und zwar betrifft es das Gebiet der Kirchnerkaserne im Bezirk Jakomini. Auch hier denkt man wie im Zusammenhang

mit der Hummelkaserne an einen möglichen Verkauf. Im Gegensatz zum Areal der Hummelkaserne, wo es bereits eine Bebauungsplanpflicht gibt, liegt diese Pflicht für das Gebiet der Kirchnerkaserne nicht vor. Zur Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung ergibt sich für ein Areal dieser Größe die Notwendigkeit zur Erstellung eines Bebauungsplanes, und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung hat das in der gestrigen Sitzung ausführlich diskutiert und aus diesem Grund darf ich namens dieses Ausschusses den Antrag stellen, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen, der Entwurf zur 5. Änderung 2007 des Deckplanes 1 Baulandzonierung wird im Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz vom 5. Oktober kundgetan und in der Zeit vom 4. Oktober 07 bis 3. Dezember 07 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Der Entwurf zur 5. Änderung 2007 des Deckplanes 1 (Baulandzonierung) wird im Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz vom 3. Oktober 2007 kundgemacht und in der Zeit vom 4. Oktober 2007 bis 3. Dezember 2007 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich melde mich bei dem Stück deshalb zu Wort, nicht weil unsere Fraktion da dagegen stimmen wird, aber weil ich da grundsätzlich eine Anmerkung machen möchte. Es hat heute im Zusammenhang mit den Dringlichkeitsanträgen, vor allem von der Kollegin Binder, schon ziemlich viel Diskussionsstoff geliefert im Zusammenhang mit Stadtentwicklung und ich teile einen Punkt auf jeden Fall, was sie auch angesprochen hat, dass natürlich die Stadt Graz eine vorausschauende Stadtentwicklungspolitik machen muss und sich auch entscheiden muss, was wo und wie wo stattfinden darf und soll. Wir sind große Verfechter gewesen, weil wir eben sehen, dass es keine vorsorgende und

vorausschauende Grundstückspolitik gegeben hat, vor allem im Zusammenhang mit kommunalem Wohnbau und deshalb haben wir die frei werdenden Kasernengrundstücke natürlich als eine Chance für die Stadt Graz gesehen, haben diesbezüglich auch einen Antrag, aber bewusst natürlich auch auf die Hummelkaserne gestellt, weil dieses Areal sich gut eignet für einen Teil dieser Fläche für kommunalen Wohnbau. Bei dem Kirchnerkasernen-Grundstück sehe ich das problematischer. Wenn es hier zu einer kompletten Wohnbebauung kommt, dann bedeutet das für die dortige Wohnbevölkerung, das sage ich Ihnen jetzt schon, große Probleme, weil jetzt schon viel zu wenig Freiraum und Erholungsräumlichkeiten für die dortigen mehrheitlich Gemeindemieter und -mieterinnen vorhanden ist. Der Kollege Eichberger weiß das sicher aus dem Bezirk, deswegen möchte ich einfach nur jetzt an Sie das in Erinnerung rufen, dass Sie nicht vergessen auf diese Fläche, dass man dort auf keinen Fall, also wenn es dort zu einer gänzlichen Bebauung kommen sollte und man muss ja auch in Verbindung sehen, dass südlich der Neuholdaugasse ja auch noch ein Freiland ist, was dem Kovac gehört und das auch schon als Wohnen allgemein ausgewiesen ist, wenn die beiden Flächen würden komplett versiegelt und bebaut werden mit Wohnungen oder ohne Freiraum und Erholungsraum und Spielstätten und Sportstätten für die Wohnbevölkerung, dann wird das ein Riesenproblem in diesem Stadtteil geben. Darauf möchte ich Sie einfach nur aufmerksam machen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pleyer:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der Frau Stadträtin sehr dankbar, dass sie das Problem rund um die Kasernstraße angerissen hat, denn der ganze Bereich Ostbahnhof, hier muss bitte unbedingt ein Konzept erstellt werden, weil es ist ja nicht nur die Kirchnerkaserne, die frei wird, sondern hier geht es ja auch um den Ostbahnhof persönlich, das ganze Areal Raiffeisenstraße hinunter. Das wird heute oder morgen ja alles zur Verfügung stehen, verbaut werden, hier gehört ein Konzept und ich gebe der Frau Stadträtin Recht, sollte die Kasernstraße für Wohnungsbau gedacht sein, dann gibt es in diesem Bereich sicher ganz, ganz große Probleme. Denn wir haben dort unten bereits so viel versiegelt und wenn man dieses grüne Areal dann natürlich auch noch zupflastert, da gibt es dann natürlich für die Anrainer überhaupt keine Wohnqualität, nachdem ja außerdem die

Kasernstraße auch ein ganz großer Zuzug verkehrsmäßig ist. Also hier muss man städteplanerisch schon etwas nachdenken, es gibt viele Vorschläge, Ideen, die müsste man hier koordinieren, aber ich bin sehr, sehr froh, dass du, Frau Stadträtin, dieses Problem angerissen hast, denn die ganzen Anrainer um diesen Bereich herum machen sich heute bereits Sorgen, was wird mit diesem Areal heute oder morgen passieren (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Ich denke ich teile auch diese Einschätzung. Wir haben das ja im Ausschuss auch diskutiert und es ist natürlich klar, es ist nicht möglich, über den Bebauungsplan von vorneherein jetzt schon bei dem Beschluss mit der Einführung der Bebauungsplanpflicht den Grünflächenanteil zu regeln geschweige denn die Grünflächen festzulegen, außer wir würden jetzt schon fix Vorbehaltsflächen reinnehmen. Das ist natürlich schlecht, aus dem Grund, denke ich mir, ist die Absichtserklärung, das ist sowohl im Ausschuss als auch jetzt wieder deutlich geworden, dass die Absicht da ist, eine städtebauliche Studie als Grundlage für einen Bebauungsplan zu machen, ich hoffe nach Grazer Modell auch über einen Wettbewerb, wo den Planern als Vorgabe klar gegeben wird, wie hoch der Anteil an Grünraum, und ich hoffe natürlich auch, dass der möglichst groß sein soll, zu geben ist und dass sinnigerweise natürlich die jetzt schon als Sportflächen genützten Flächen da einmal ganz klar dabei sein sollten. Ich glaube aus guten Gründen, dass wir diese Absichtserklärung jetzt mitnehmen können, es ist rechtlich jetzt nicht wesentlich mehr drinnen, aber die Absichtserklärung war im Ausschuss klar zu hören und ich hoffe, dass das auch für länger gilt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich kann vielleicht selbst kurz informieren. Nach unseren Informationen wird das Verteidigungsministerium eine der beiden Kasernengründe, eine der beiden Kasernen nächstes Jahr verwerten wollen und die zweite 2009. Welche das nächstes Jahr und welche das übernächstes Jahr ist, ist dem Ministerium selbst noch nicht klar. Wir haben ausgemacht, dass wir zu beiden Kasernengrundstücken städtebaulich zunächst einmal eine städtebauliche Studie

machen, was sich eben die Stadt an grundlegender Entwicklung vorstellt. Wir haben auch vorgesorgt jetzt mit diesem Beschluss, dass in beiden Bereichen die Bebauungsplanpflicht gegeben ist und aus diesem Grund, glaube ich, können wir auch gerne diese Absichtserklärung mit aufnehmen und auch ohne Beschluss, der hier an der Stelle nicht möglich ist, jedenfalls in die weitere Planungstätigkeit mit einfließen lassen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich danke allen, die sich auch zu diesem Punkt hier und heute zu Wort gemeldet haben, wir haben ja gestern, Hans Slamanig und ich, in ähnlicher Richtung auch argumentiert, weil es natürlich ein Bereich ist, wo wir wissen, dass es jetzt schon das eine oder andere Problem gibt. Wir wissen hinsichtlich der Entwicklung und wir wissen auch, wie die Stadträtin Elke Kahr richtigerweise festgestellt hat, dass dieses Potential an möglichen 470 Wohneinheiten dort auf diesem Areal in dieser Dichte und mit dieser Anzahl sicherlich nicht verwirklicht werden darf, weil ansonsten hundertprozentig mit Konflikten dort zu rechnen ist. Deshalb freut es mich, dass hier diese Entscheidung gefallen ist und einheitlich und über alle Fraktionen hinweg der Wunsch und die Absicht besteht, dort wirklich ein städtebauliches Juwel hinzubringen und nicht unbedingt jetzt ein neues Zentrum an Konflikten. Danke noch einmal (*Applaus SPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (45 : 0).

Berichterstatterin: GRin. Kramp

26) A 14-K-940/2006-10

07.14.0 A Bebauungsplan Messendorfer
Straße Teil A
Aufschließungsgebiet 11.08
Teilaufhebung
VII. Bez., KG Liebenau
Beschluss

GRin. **Krampl:** Da geht es um eine Teilaufhebung, Aufschließungsgebiet 11.08, Messendorfer Straße, Teil A, gemäß Deckplan 1 ist für dieses Gebiet zur Aufhebung des Aufschließungserfordernis ein Bebauungsplan erforderlich. Der Bebauungsplan war in der Zeit vom 11. 6. bis 13.8.2007 aufgelegt, es langten eine Einwendung und zwei Stellungnahmen zu diesem Entwurf ein. Eine Einwendung kommt von der beziehungsweise eine Stellungnahme kommt von der Fachabteilung der Steiermärkischen Landesregierung und die STEWEAG-STEAG schreibt, dass sie ebenfalls eigentlich keinen Einwand erhebt, eigenartigerweise. Es geht jetzt der Antrag, der Gemeinderat wolle den Bebauungsplan Messendorf Straße, Teil A, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung sowie die Einwendungserledigung und die Teilaufhebung des Aufschließungsgebietes 11.08 beschließen. Ich ersuche um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 07.14.0 A Bebauungsplan Messendorfer Straße, Teil A, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigung und
3. die Teilaufhebung des Aufschließungsgebietes Nr. 11.08 beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (46 : 0).

Berichterstatter: GR. Kolar

- 1) Präs. 010539/2003-0010
A 1 – 1734/96
A 10/1 – 026780/2007-0001

Errichtung einer Ordnungswache
Antrag gemäß § 45 Abs. 2 Z. 2 und § 62
Abs. 3 des Statutes der Landeshaupt-
stadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF
LGBl. Nr. 32/2005

GR. **Kolar**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, meine Damen und Herren! Wir haben die Einrichtung der Ordnungswache heute zu beschließen, wir haben gesagt, was lange währt wird jetzt endlich zur Beschlussfassung. Die Aufgaben der Ordnungswache sind grundsätzlich damit begründet, dass die Ordnungswache für die Einhaltung von ortspolizeilichen Verordnungen zum Beispiel Grünanlagen-, Straßenmusik, Gesundheitsschutz, Emissionsschutz, Streumittel etc., von einzelnen Bestimmungen des Landessicherheitsgesetzes sowie der dazu ergangenen Verordnungen, zum Beispiel Alkoholverbot, überwachen. Die Überwachung soll auch während der Nachtstunden sowie an Sonn- und Feiertagen stattfinden. Weiters soll in ausgewählten Angelegenheiten im Falle der Beobachtung von Übertretungen im öffentlichen Raum Anzeigenlegung an die zuständigen städtischen Behörden erfolgen, zum Beispiel bei Überschreitung von Sperrstunden von Gastgärten. Dies jedoch nur dort, wo dies ohne besondere Fach- und Aktenkenntnis möglich und sinnvoll ist. In weiterer Folge ist geplant, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass auch relevante Landesgesetze, zum Beispiel Jugendschutzgesetze, in den Aufgabenbereich der Ordnungswache fallen sollen. Hierfür müssen jedoch die jeweiligen Materiengesetze angepasst werden. Grundsätzlich sollen die Ordnungswachebeamten direkt vor Ort die Fälle als Ermächtigte der Behörden abschließen mittels Organmandat. Falls das nicht möglich oder sinnvoll ist, zum Beispiel durch Belehrung, erfolgt die Anzeigenlegung an die zuständigen Behörden. Die Ordnungswache soll als eigenes neues Referat des Straßenamtes mit Standort Wurmbrandgasse 4 eingerichtet und insgesamt 18 Bedienstete umfassen. Ein Referatsleiter, eine MitarbeiterIn für die administrativen erforderlichen Verwaltungsarbeiten und 16 MitarbeiterInnen für die Überwachung, die derzeit im A 10/5 – Abteilung für Grünraum und Gewässer untergebrachten Grünanlagenüberwachen sollen mit aufgelassen und die sechs dort beschäftigten Mitarbeiter der Ordnungswache mit 1. Oktober zugeteilt werden. Zehn MitarbeiterInnen kommen neu hinzu. Diese Stellen wurden bereits ausgeschrieben und das Hearing wurde durchgeführt. Die Ordnungswache übernimmt ihre Tätigkeit unmittelbar nach Inkrafttreten des Steiermärkischen Aufsichtsorganengesetzes, frühestens aber mit dem 1. Dezember dieses Jahres. Die Referatseinteilung soll dem Herrn Bürgermeister Siegfried Nagl zugeteilt werden, als zuständigen Stadtsenatsreferenten. Die Kosten, und jetzt zum Schluss dieses Antrages und Stückes, die Anschaffungskosten für Umbaukosten, Adaptierung der Räumlichkeiten,

zwei Dienstfahrzeuge, eine einheitliche Dienstkleidung, diverse Ausstattungen, EDV, Kameras, Handys, Büromaterial, die Ausbildung, die hier auch sehr breit angelegt ist und mit Experten durchgeführt wird, die Gestaltung des Auftrittes und Sonstiges, hier ist ein Kostenrahmen 165.000 Euro vorgesehen und die laufenden jährlichen Erhaltungskosten für die Räumlichkeiten, Dienstfahrzeuge, Uniformen, diverse Ausstattungen und Weiterbildung mit 55.000 Euro. Mit den Personalkosten, also 17 Dienstposten der Dienstklasse C und D, zirka ein Aufwand von 600.000 Euro. Ich ersuche höflich um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Ordnungswache wird als Referat der Mag.-Abt. 10/1 – Straßenamt eingerichtet.
2. Das Personalamt wird mit den erforderlichen Änderungen des Dienstpostenplanes beauftragt.

Über Vorschlag des Bürgermeisters möge der Gemeinderat beschließen:

Das Referat Ordnungswache wird gemäß § 62 Abs. 3 des Statutes der Landeshauptstadt Graz Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zur Berichterstattung und Antragstellung im Stadtsenat zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 20.10 Uhr den Vorsitz.

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß, es ist natürlich schon 20.15 Uhr, wir sitzen schon einige Stunden

da, nur es ist natürlich heute schon ein Tag, glaube ich, und noch dazu ein Tagsordnungspunkt und die Beschlussfassung des Ordnungsamtes oder der Ordnungswache besser gesagt, wo es sich wirklich gehört, möchte ich dazu sagen, dass ich mich als damaliger Antragsteller für diesen dringlichen Antrag zur Einrichtung dieser Ordnungswoche einfach hier zu Wort melde und mich auf der einen Seite freue, dass nach mehr als zwei Jahren, und ich muss uns und mir diesen Seitenhieb doch erlauben, hätten die Kollegen der ÖVP die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit dieser Einrichtung schon etwas früher auch erkannt, dann hätten wir nicht über zwei Jahre gebraucht. Aber reden wir nicht mehr darüber, freuen wir uns darüber, dass dieses neue Ordnungsamt nunmehr auch in Graz zu arbeiten beginnen wird. Wie gesagt, auf der einen Seite freut es mich, dass es zu dieser Installierung dieser neuen Abteilung oder dieses Referates gekommen ist, auf der anderen Seite hätten sich sicherlich viele in diesem Haus vor einigen Jahren noch nicht gedacht, dass es notwendig ist, solche Einrichtungen, aber die Zeit hat uns gezeigt, dass einfach hier Vandalismus, Übertretungen von Verordnungen einfach hier Fuß fassen, dass es zu wahnsinnig vielen Problemen in der Bevölkerung kommt und ich bin überzeugt, dass, wenn wir es ernst meinen mit dem Ordnungsamt, und das ist mein großer Appell, dass natürlich auch die Grazer Bevölkerung hier eine sehr hohe Anspruchslatte uns gelegt hat. Dass sie natürlich in Zukunft erwartet, wenn es Probleme, wenn es Übertretungen gibt, dass hier diese Ordnungswachebeamte auch dann entsprechend für die Einhaltung der Verordnungen sorgt. Deshalb freut es mich auch, dass hier professionell herangegangen wird, einerseits was die Ausbildung betrifft, wir haben gehört, die Hearings haben stattgefunden, die Ausbildung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Grazer Polizei, wenn ich auch daran denke, dass bereits der provisorische Referatsleiter, wie er uns gestern in der Sitzung kundgetan hat, bereits hier Erkundigungen vor Ort bei bestehenden Ordnungsämtern in Deutschland durchführt, um entsprechend gewappnet zu sein, wenn er dann seinen Dienst auch ab 1. Dezember mit der neuen Ordnungswache beginnt, dann muss ich sagen, sind wir, glaube ich, auf einem guten Weg. Inwieweit jetzt einmal der vorläufig vorgesehene Personalstand ausreichen wird ob der Begehrlichkeiten, die sicherlich auf diese neuen Ordnungshüter zukommen, werden wir ja sehen. Trotz alledem, und weil der Bürgermeister jetzt gekommen ist, auch zu diesem Punkt möchte ich vor allem den Herrn Bürgermeister in dieser Sache schon, trotz alledem und wir dürfen jetzt nicht

davon überzeugt sein, dass diese Ordnungswachebeamte in Zukunft für die gesamte Ordnung und Sicherheit in dieser Stadt zuständig sind. Das heißt, wir dürfen nicht dem Irrglauben unterliegen, dass damit Betätigungsfelder für die Polizei, für die öffentliche Sicherheit wegfallen, sondern ich appelliere auch an dieser Stelle zum xten-Male und bitte und ersuche den Herrn Bürgermeister dringend in dieser Sache, wo es Versprechungen gab, dass Graz auch noch zusätzliche Polizeibeamte braucht, dass er hier diese Forderung vehementer und noch deutlicher in Wien beim zuständigen Innenminister kundtut, damit wir also auch diese Sache baldigst über die Bühne bringen. Ordnungsamt ist der erste Schritt, aber das kann noch nicht das Ende gewesen sein. Graz braucht, und die Grazerinnen und Grazer brauchen auch mehr Polizeibeamte und in diesem Sinn noch einmal Freude, glaube ich jetzt, um diese Zeit auch, dass dieses Stück, das doch einige Zeit gebraucht hat, aber doch jetzt, glaube ich, Hand und Fuß hat, und dass wir am 1. Dezember hoffentlich mit diesen Ordnungswachebeamten starten können. Danke noch einmal (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fuchs**: Den Großteil des Inhaltes der Rede vom Kollegen Eichberger kann ich inhaltlich sehr gut nachvollziehen. Die Euphorie, von der aber der Vortrag getragen war, die bleibt mir rätselhaft. Viele der Kompetenzen der Ordnungswache sind zumindest im Stück, das uns gestern im Ausschuss vorgelegen ist, alles andere als klar definiert. Landesgesetze müssen erst adaptiert werden, wir wissen, dass es lange dauern wird. Bei einem etwas besser vorbereiteten Stück wäre das wohl nicht denkbar gewesen, aber dann wäre die Ordnungswache halt nicht mehr vor der Wahl umsetzbar gewesen. Diese Kompetenzüberschneidungen mit Landesregelungen, aber auch komplizierte Bestimmungen in mehreren Bereichen, die Fachkenntnisse erforderlich machen, werden ja bekanntlich, wie der Kollege berichtet hat, aus der Zuständigkeit der Ordnungswache ausgenommen. Das wären zum Beispiel die Gastgärten, die die Stadt anscheinend selber nicht ganz versteht, wie die zu interpretieren sind. Immissionsschutz, also alle diese genannten Themen fallen eigentlich nicht in die Kompetenz der Ordnungswache. Die sind nämlich sehr eingeschränkt und das führt auch zu einem gewissen Gegensatz zu den Erwartungen, die durch diverse Ansprachen in der Bevölkerung auch geweckt werden. Die Ordnungswache wird 18 Bedienstete umfassen. In dieser Zahl sind aber

zwei Personen mit administrativen Aufgaben befasst, sechs kommen aus der Grünraumüberwachung, die bereits jetzt ähnliche Aufgaben erfüllen und die das auch weiterhin tun werden. Neu hinzu kommen also zehn Personen, die rund um die Uhr im Einsatz sein sollen laut Antrag. Die Personen arbeiten acht Stunden am Tag, fünf Tage die Woche, sie haben auch Urlaub und Sie können sich jetzt ausrechnen, wie viele Personen der Ordnungswache dann zusätzlich auf der Straße sein werden. Ich glaube, eine gute Sache, dass die Stadt Verstöße gegen Regelungen, die dem Allgemeinwohl dienen, auch ahnden kann, aber so ein großer Wurf ist das zumindest bei dem jetzigen Personalstand und bei jetzigen unklaren Definitionen der Aufgaben bestimmt nicht (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Rücker:** Ich möchte mich an meine beiden Vorredner anschließen. Ich denke mir, das ist so ein typisches Beispiel für das, wie Kommunen zusätzliche Aufgaben übernehmen, weil der Bund die Aufgaben nicht mehr erfüllt. Diese Polizei wird eingespart auf der einen Seite, auf der anderen Seite übernehmen dann die Kommunen Aufgaben, die eigentlich Polizeiagenden wären, das heißt, das ist so eine Geschichte, die uns schon einmal sehr kritisch aufstößt, weil die Frage ist, wie das noch weitergehen soll, wenn der Bund gleichzeitig nicht unbedingt die Finanzen zur Verfügung stellt, um das dann auch umzusetzen. Also das ist die eine Geschichte, die andere Geschichte, wir können dem Stück aus zwei Gründen unsere Zustimmung nicht geben, obwohl wir angekündigt hatten damals, als die Diskussion aufgekommen ist, dass wir diskussionsbereit sind, wir haben damals gesagt, wir würden gerne mitdiskutieren und dabei sein, wenn es darum geht, die Aufgaben zu definieren. Wir waren bis jetzt nicht eingebunden und uns ist genauso, wie es der Kollege Fuchs beschrieben hat, ganz viel zu ungeklärt. Das heißt, einerseits wie die konkrete Aufgabenbeschreibung ist, ist noch offen und die ganzen rechtlichen Rahmenbedingungen, die noch abzuklären sind, sind ja noch nicht abgeklärt. Es ist so, dass jetzt vom Landtag was beschlossen worden ist, eine erste Grundlage, das heißt, für uns ist das Stück noch zu nebulos, dass wir dem guten Gewissens und so euphorisch wir ihr zustimmen können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich erlaube mir noch ein paar Anmerkungen zu machen, dass die Euphorie nicht zu groß ist. Nämlich ein Punkt, der liegt mir ein bisschen im Magen, selbstverständlich brauchen wir jetzt, bevor unsere Mitarbeiter wirklich hier einschreiten können bei Verstößen, brauchen wir noch die Zustimmung der Bundesregierung und damit auch die Zustimmung der Polizei und des Innenministeriums, dass das, was wir uns jetzt gewünscht haben, auch Wirklichkeit werden kann, weil wir einige Aufgaben drinnen haben, die Aufgabenbereiche der Polizei sind, oder wo wir die Mitwirkungspflicht der Polizei haben. Das heißt, eine Hürde haben wir noch, die Landeshürde Nummer 1 ist genommen. Herr Fuchs, Herr Gemeinderat, Sie haben vollkommen Recht, selbstverständlich gibt es hier noch Landesgesetzmaterien, die man auch noch ändern muss, damit unsere Beamten dann überall eingreifen können, aber eines war auch klar, wir wurden vom Landesamtsdirektor Dr. Ofner gebeten, gleich vorweg die gesamte Materie, die uns interessiert, jetzt schon einzubringen, dass man dann im Nachhang noch das eine oder andere Gesetz ändern muss, steht auch fest. Der Herr Magistratsdirektor und unser Team hat sich sehr genau damit auseinandergesetzt, welche Materien wir wollen und welche wir auf keinen Fall wollen und wenn diese Ordnungswache jetzt dann da sein wird, uniformiert sein wird etc., werden sie in erster Linie einmal die Bagatelldelikte, wie sie so schön heißen auch einmal angehen. Unter anderem auch deswegen, weil zum Teil auch die Polizei überhaupt keine Möglichkeit hat, diese Delikte überhaupt noch zu verfolgen, das heißt, die Polizei kann es gar nicht und Menschen erwarten es sich von uns. Ich sage jetzt nur Hundeleine, Maulkorbpflicht, Hundekot, Radfahren im Park usw. Das, was hier unsere Beamten bekommen und sie werden gut geschult werden, das ist auch wichtig, auch mit der Polizei zusammen, sie werden in erster Linie einmal unterwegs sein, um zu ermahnen und wieder darauf aufmerksam zu machen, dass es weder der Stadt Graz, also dem Gemeinderat und uns auch nicht gleichgültig ist, dass man sich an ein paar Spielregeln hält. Vor allem die Verunreinigung, das Notdurftverrichten in den Straßen und, und, und. Die Polizei hat zum Teil auch andere Aufgaben, zum Teil hat sie nicht einmal genügend Personal, da bleiben wir auch auf einer Linie. Wir sollen mehr anfordern, wir haben immer unterschiedliche Auffassung dann, wie viel Uniformierte jetzt da sind und wie viele nicht. Uniformierte haben wir mehr, auch da meine Bitte noch, vor allem auch in Richtung der Sozialpartner, wenn die Gewerkschaft bei der Polizei immer sehr großzügig ist und mitunterstützt, dass Versetzungswünschen in

die Region Graz-Umgebung oder in die Steiermark nachgekommen wird, dann tun wir uns halt wahnsinnig schwer. Ich habe Verständnis dafür, dass der Dienst in der Stadt um einiges schwerer ist als am Land, aber da sollte man halt auch einmal sagen, bitte die, die wir haben, jetzt nicht immer wieder abgeben. Ich freue mich, dass auch jetzt verstärkt zusammengearbeitet wird zwischen dem Landespolizeikommando und dem Stadtpolizeikommando und dass in vielen Fällen Sonderanforderungen, die die Grazer Polizei gebraucht hat vom Land, auch mit Unterstützung belohnt worden ist. Also, da ist jetzt auch einiges gelungen, aber noch einmal, im Moment können die Beamtinnen und die Beamten, die wir einsetzen, zumindest einmal das tun, was unsere steirische Berg- und Naturwacht schon lang kann, und das ist einmal jemanden auch anzuhalten und zu sagen, ich hätte ganz gerne Ihren Ausweis, sie werden eine Uniform haben, das wird auch das eine oder andere bewirken und ich hoffe schon und wünsche mir, dass unsere Damen und Herren, die sich da jetzt freiwillig auch gemeldet haben und das tun wollen, dann auch von der Bevölkerung so akzeptiert werden. Die Zusammenarbeit mit der Polizei wir ganz, ganz wichtig sein und da gilt es auch noch die Hürde zu überwinden, weil eines steht fest, wenn wir all diese Dinge auch zur Anzeige usw. bringen, dann wird auch die Polizei noch zusätzlich Arbeit haben und ich hoffe, dass wir da bald von der Bundesregierung auch das grüne Licht bekommen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: StR. Mag. Dr. Riedler

8) A 8 – 30180/06-7

Informationsbericht Beteiligungs-
controlling; Soll-Ist-Vergleich 1. Halbjahr
2007

Dr. **Riedler**: Ich könnte jetzt sehr ausführlich darüber berichten, was das zweite Quartal uns an Information gebracht hat, das werde ich nicht tun, weil der Bericht ohnehin sehr vollständig und gut von der Finanzabteilung vorbereitet wurde. Wesentliche Abweichungen hat es nicht gegeben, insgesamt liegen wir bei den

Erlösen leicht unter Plan. Festzustellen ist, dass noch nicht alle Gesellschaften so genau planen, wie wir uns das wünschen und wir werden in diese Richtung noch weiteren Druck ausüben beziehungsweise hier um genauere Planungen ersuchen. Ich ersuche um Annahme des Beteiligungscontrolling-Informationsberichtes für das erste Halbjahr 2007.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

10) A 8 – 21211/06-4

Großmutterzuschus
Finanzierungsvertrag, 1. Tranche
Sport- und Wellnessbad Eggenberg

Dipl.-Ing. **Linhart**: Also es geht um den Großmutterzuschuss, Finanzierungsvertrag, 1. Tranche, Sport- und Wellnessbad Eggenberg. Es wird folgender Antrag gestellt, der ursprünglich vorgesehene Finanzierungsvertrag zwischen der Grazer Stadtwerke AG und der Stadt Graz vom 18. 5. betreffend zirka 6,5 Millionen Euro gelangt nicht zur Ausführung, wie in der Beilage angeführt und zweitens, der im Entwurf beiliegende Finanzierungsvertrag vulgo Großmutterzuschuss über 2.335.000 wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005 beschließen:

1. Der ursprünglich vorgesehene Finanzierungsvertrag zwischen der Grazer Stadtwerke AG und der Stadt Graz vom 18.5.2006 gelangt nicht zur Ausführung (Beilage 1)
2. Der in Entwurf beiliegende Finanzierungsvertrag/Großmutterzuschuss über € 2.335.000,- wird genehmigt (Beilage 2).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag. Bauer

11) A 8 – 25167/06-9

Zwischenbericht
Zinssicherungsmaßnahmen

Mag. **Bauer**: Uns wurde im Finanzausschuss der Zwischenbericht über die Zinssicherungsmaßnahmen vorgelegt. Wir haben ja im Gemeinderat beschlossen am 15.3.2007, dass wir uns in Richtung Fixzinsanteil am Gesamtschuldenportfolio bewegen, das war von 60 auf 80 %, nunmehr liegt vor, dass ein Derivatgeschäft abgeschlossen wurde und damit ist der Zinssatz für die nächsten Jahre auf 3,485 % fixiert. Im Stück befinden sich einige Beilagen, aber auch zwei Rahmenverträge für Finanztermingeschäfte mit Merrill Lynch sowie ein Rahmenvertrag für Finanzierungsgeschäfte mit der Raiffeisenlandesbank. Es wurde im Finanzausschuss dieses Stück auch beraten und angenommen. Ergänzend sei hier noch angeführt, dass wir derzeit bei einem Fixzinsanteil von 75,13 % liegen, jedoch auch vorgeschlagen wurde, etwas zuzuwarten und die weitere Zinsentwicklung an den Finanzmärkten abzuwarten und dann eine weitere Vorgehensweise festzulegen. Um Annahme wird auch hier im Gemeinderat ersucht (*Applaus SPÖ*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den Motivenbericht betreffend des Swap-Abschlusses mit der Nomura International plc, den Abschluss

des Rahmenvertrags für Finanztermingeschäfte mit der Merrill Lynch International Bank Limited, den Abschluss des Rahmenvertrages für Finanztermingeschäfte mit der Raiffeisen-Landesbank Steiermark sowie den aktuellen Status der Zinsrisikosituation bzw. –strategie zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Spath

18) A 8/4 – 17835/2006

Keplerstraße 108,
Liegenschaft EZ 1652, KG Lend,
Verkauf einer städtischen Wohnung

Mag. **Spath**: Die Mieterin der Wohnung Nummer 8 im Wohnhaus Keplerstraße 108, Frau Livia-Simona Fitero hat um käufliche Überlassung ihrer Wohnung angesucht. In diesem Wohnhaus gibt es bereits fünf Wohnungen, die verkauft wurden. Die Abteilung für Wohnungsangelegenheit hat diesem Verkauf ebenfalls zugestimmt. Es wird ein Kaufpreis mit 48.200,- Euro beantragt, abzüglich des Mietwertes in der Höhe von 20.644 Euro. Die Einnahmen sollen zweckgebunden zur Beschaffung von neuen Wohnbauflächen beziehungsweise Revitalisierungsobjekten verwendet werden. Sämtliche damit verbundenen Kosten gehen zu Lasten der Käuferin. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005, beschließen:

1. Der Verkauf der unter B LNR 13-59/5381 – Anteile an der EZ 1652, KG Lend, an Frau Livia-Simona Fitero zu einem Kaufpreis von € 48.200,-, wird zu den

Bedingungen der beiliegenden Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.

2. Der Kaufpreis in der Höhe von € 48.200,- ist im Sinne des Entwurfes der Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung zu entrichten und zweckgebunden für die Beschaffung von neuen Wohnbauflächen bzw. Revitalisierungsobjekten auf der Fipos 2.84000.010200 zu vereinnahmen und zu verwenden.
3. Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des zu errichtenden Kauf- und Wohnungseigentumsvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Käuferin.
4. Die Kaufvertragserrichtung und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Käuferin.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Spath

19) A 8/4 – 3303/2001

Neuholdaugasse 32
Liegenschaft EZ 423, KG Jakomini,
Verkauf einer städtischen Wohnung

Mag. **Spath**: Ebenso der Mieter der Wohnung Nummer 16 im Wohnhaus Neuholdaugasse 32, Herr Jin Jian Min hat ebenfalls um käufliche Überlassung seiner Wohnung angesucht. In diesem Wohnhaus sind bereits sieben Wohnungen verkauft, es gibt einen Kaufpreis von 68.600,- Euro, wobei ihm der Mietwert wiederum abgezogen worden ist, somit verbleibt ein Restkaufpreis von 48.000 Euro. Soll ebenfalls wiederum zweckgebunden für die Beschaffung von neuen Wohnbauflächen beziehungsweise Revitalisierungsobjekten verwendet werden und sämtliche Kosten gehen zu Lasten des Käufers. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2

Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 32/2005, beschließen:

1. Der Verkauf der unter B LNR 36-57/1932-Anteile an der EZ 423, KG Jakomini, an Herrn Jin Jian Min, Neuholdgasse 32, zu einem Kaufpreis von € 48.000,- „ wird zu den Bedingungen der beiliegenden Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
2. Der Kaufpreis in der Höhe von € 48.000,- ist im Sinne des Entwurfes der Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung zu entrichten und zweckgebunden für die Beschaffung von neuen Wohnbauflächen bzw. Revitalisierungsobjekten auf der Fipos 2.84000.010200 zu vereinnahmen und zu verwenden.
3. Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des zu errichtenden Kauf- und Wohnungseigentumsvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten des Käufers.
4. Die Kaufvertragsserrichtung und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Käuferin.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Dr. Getzinger

28) A 23-024712/2003/0095

Immissionsschutzgesetz Luft, IG-L
Feinstaubbelastung (PM 10)
Petition an den Bund

Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Der Gemeindeumweltausschuss hat sich in den letzten beiden Sitzungen mit einem Rechnungshofsbericht des Bundesrechnungshofes befasst „Luftqualität in der Steiermark“, Steiermark 2007/7, in dem der Bundesrechnungshof einige Vorschläge hinsichtlich bundespolitischer Maßnahmen macht. Sowohl auf der Verordnungsebene als auch auf der gesetzlichen Ebene. Der

Gemeindeumweltausschuss hat nach intensiver Debatte sich diesen Vorschlägen angeschlossen und empfiehlt dem Gemeinderat eine entsprechende Petition an den Bund. Auf Grund dieses Berichtes stellt also der Gemeindeumweltausschuss, ich im Namen des Gemeindeumweltausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem Bund wird eine Petition gemäß Beilage 1 mit der Forderung übermittelt, umgehend emissionsmindernde Maßnahmen in den Bereichen Straßenverkehr sowie Industrie und Gewerbe im Sinne des Rechnungshofberichtes „Luftqualität in der Steiermark“, Steiermark 2007/7 in Angriff zu nehmen beziehungsweise fortzuführen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

- Dem Bund wird eine Petition gemäß Beilage 1 mit der Forderung übermittelt, umgehend emissionsmindernde Maßnahmen in den Bereichen Straßenverkehr sowie Industrie und Gewerbe im Sinne des Rechnungshofberichtes „Luftqualität in der Steiermark“ (Steiermark 2007/7) in Angriff zu nehmen beziehungsweise fortzuführen.

GR. Mag. **Candussi**: Ich möchte, klar stimmen wir da zu, ich möchte schon für die Grüne Fraktion anmerken, dass der Anlass für diese Petition eigentlich ein seltsamer ist. Denn wir müssen wirklich zur Kenntnis nehmen, dass in der Steiermark eine Verordnung, und ich bin, glaube ich, unverdächtig, den Landesrat Wegscheider übereifrig zu verteidigen, aber dass eine Verordnung gekippt wurde vom UVS, die in, ich weiß nicht wie vielen, anderen österreichischen Bundesländern ganz gleich verlautbart akzeptiert wird flächendeckend. Das ist in Oberösterreich, das ist in Kärnten, das ist meines Wissens in Wien, Günter Getzinger, weiß vielleicht, wo noch, und überall wurden diese Tempolimits gleich verlautbart, gleich bekannt gemacht, gleich kundgemacht, mit der gleichen Beschilderung und nur in der Steiermark sind entweder die Autofahrer so dumm, dass sie das nicht kapieren, dass wenn auf der Straßen-Tafeln 80 steht, 80 zu fahren ist oder es gibt, da mutmaße ich jetzt, andere

Gründe, weshalb der UVS und der Vorsitzende recht medienwirksam noch vor seinem Urteilspruch auch im Fernsehen diese Verordnung gekippt hat. Was ich mir gewünscht hätte, mir ist völlig klar, der UVS ist oberste Instanz und das Urteil ist rechtskräftig, aber was ich mir gewünscht hätte, wäre schon seitens der Stadt irgendwo die Feststellung gewesen, dass damit die Situation im kommenden Winter in Graz wesentlich verschlechtert ist und dass das ein Spruch war, der im Prinzip die Situation in Graz für die Bevölkerung wesentlich verschlechtert hat. Leider bleibt uns nur mehr dieser Weg. Ich halte eine bundeseinheitliche Lösung auch für gut und notwendig, aber dass man im kommenden Winter so tut, als hätte der Verkehr mit Feinstaub nichts zu tun, und dass es keinerlei Verkehrslimits gibt, ist eigentlich ein unhaltbarer Zustand.

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Hermann! Ich meine, es ist vollkommen richtig, der UVS hat das gekippt, jetzt Interpretationen über ein Urteil eines unabhängigen Senates würde ich mich enthalten. Etwas ist natürlich klar, es hat nicht der UVS jetzt jegliche Maßnahmen für diesen nächsten Winter gekippt, sondern es gibt keine neuen Vorschläge von Seiten des zuständigen Landesrates. Jetzt kann man drüber diskutieren, welche Möglichkeiten hätte er noch, aber es gab zumindest die Gespräche mit dem Bundesminister Faymann, für diesen Winter auf den Autobahnen noch zu einer Lösung zu kommen, das ist anscheinend nicht möglich, muss man ganz ehrlich so sehen und wir haben ja im letzten Gemeindeumweltausschuss eben auch den Bericht von Semmelrock bekommen, dass im Grund sozusagen die Maßnahmen für diesen kommenden Winter extrem reduziert sind. Ich glaube, da kann man natürlich auch die Landespolitik und auch den zuständigen Landesrat nicht aus der Verantwortung nehmen. Und das ist etwas, was man natürlich schon festhalten muss, ich glaube, von Seiten der Stadt Graz haben wir einen umfassenden Katalog, es ist sehr wichtig, dass wir die Diskussion um die Fernwärmeheizung an sich auch führen, aber es ist jetzt nicht die Schuld der Stadt Graz oder des UVS, dass im Bereich des Verkehrs sozusagen jetzt keine Maßnahmen sind. Der UVS hat eine Rechtsansicht und die muss man akzeptieren und wie gesagt, es wäre durchaus gefordert gewesen, dass der Landesrat hier alternative Vorschläge bietet.

Dr. **Getzinger**: Es wird natürlich auch in diesem Winter eine Reihe von Maßnahmen geben, initiiert vom Herrn Landesrat Wegscheider vom Land Steiermark im Bereich Verkehr in enger Absprache mit der Verkehrslandesrätin selbstverständlich, mit Frau Edlinger-Ploder, nur dass das freiwillige Maßnahmen sind. Das Gesetz, so wie es jetzt ist, das IG-L, bietet nicht die gesetzliche Basis für verordnende Maßnahmen im Bereich Verkehr. Deswegen mussten diese Maßnahmen aus der Verordnung herausgestrichen werden, das entspricht einer Vorgangsweise, die rechtsstaatlich ist, da gibt es gar keine Handlungsmöglichkeiten, für niemanden in der Landesregierung und auch für uns nicht. Es gibt heuer in diesem Winter eben nur freiwillige Maßnahmen, es gibt Maßnahmen im Bereich der fördernden Verwaltung, die teuer sind, die hoffentlich auch greifen werden. Hoffentlich kommt uns, ähnlich wie 2007, auch die Witterung wieder zugute. In diesem Feinstaubwinter 2007 hat es halb so viele Überschreitungstage gegeben wie 2006, bisher zumindest, das ist sehr erfreulich, aber wie gesagt, das ist nicht zurückzuführen auf so viele Maßnahmen, die gesetzt wurden auf Bundes-, Landes- oder Stadtebene, sondern ist auf die Witterung zurückzuführen. Wie gesagt, dieses Gesetz scheint jedenfalls im Bereich der Verkehrsmaßnahmen insuffizient zu sein, nicht hinreichend zu sein, deswegen hat sich auch die Landesumwelträtekonferenz darauf verständigt, an den Umweltminister heranzutreten, das IG-L entsprechend zu novellieren, das scheint jetzt ins Rollen zu kommen, sodass wir hoffen können, im nächsten Winter 2008/2009 wieder mit kräftigeren Maßnahmen rechnen zu dürfen von Seiten des Landes Steiermark. Danke (Applaus SPÖ).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Schmalhardt

30) StRH-32364/2006

Bericht betreffend die Prüfung von
Dienstverträgen von Führungskräften in
den Beteiligungsgesellschaften der Stadt
Graz

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Bevor ich auf den vorliegenden Bericht des Stadtrechnungshofes eingehe hinsichtlich der Prüfung der Dienstverträge der Führungskräfte der Stadt Graz und deren Beteiligungsgesellschaften, möchte ich dem Stadtrechnungshof und seinem Direktor und seinem Team ein wirkliches Kompliment machen für diesen hervorragenden und einzigartigen Bericht in Österreich, den er hier abgeliefert hat (*allgemeiner Applaus*). Dankeschön für Ihren Applaus, aber es war wirklich ein Bedürfnis und die Diskussionen im Kontrollausschuss und in der Öffentlichkeit haben ja gezeigt, wie sensibel dieses Gebiet und dieser Prüfauftrag für den Stadtrechnungshof, der von uns gekommen ist, war und den er wirklich mit Akkrepie und mit einer Vertraulichkeit durchgeführt hat, die wirklich beispielsgebend ist. Jetzt zum vorliegenden Bericht. Er gliedert sich in mehrere Punkte. Es wurden 80 Führungskräfte der Stadt Graz und deren Beteiligungsgesellschaften überprüft, davon haben 62 Führungskräfte eine laufende Entlohnung und damit Sie wissen, um welches Prüfvolumen es hier gegangen ist, es geht hier um eine Lohnsumme von monatlich 420.000 Euro und das 14-mal im Jahr. Also, man sieht schon aus dieser Summe, um welches Volumen es hier geht. Der zweite Punkt des Prüfauftrages war die Bewertung der Förderungspositionen nach dem Grad der wahrgenommenen Verantwortung. Der Dritte Punkt, ein ganz ein wichtiger für uns und die Damen und hier im Haus der Genderaspekt, hier ist zu vermerken, dass leider nur acht Damen in den Gesellschaften in entsprechenden Führungspositionen sind und der positive Aspekt dabei ist, dass sich diese Zahl erst in der letzten Zeit auf Grund verstärkter Bemühungen, auch Damen in Führungspositionen zu bringen, verbessert hat. Ein ganz ein wichtiger und heikler Punkt war die Prämienvereinbarung mit den einzelnen Führungskräften, im Jahr 2005 haben 25 der insgesamt 62 bezahlten Führungskräfte eine Prämienvereinbarung in irgendeiner Form gehabt, die Tendenz dabei ist aber steigend, also da hier würden wir glauben, es ist ein besonderes Augenmerk in Zukunft zu legen und zum Schluss möchte ich Ihnen noch die Empfehlungen erläutern, die der Stadtrechnungshof in seinem Bericht uns mitgegeben hat. Die vorliegende Untersuchung ist in ihrem Umfang und ihrer Transparenz österreichweit einzigartig. Die Verträge sämtlicher Führungskräfte der Beteiligungen der Stadt Graz wurden einer umfassenden Analyse unterzogen, wobei nicht nur die Gehälter und Nebenbezüge dokumentiert und dargestellt, sondern auch Bewertung der Führungsaufgaben und des Umfanges der wahrgenommenen Verantwortung

durchgeführt wurden. Auf Grund dieses umfassenden Prüfberichtes empfiehlt der Stadtrechnungshof Folgendes: Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse empfiehlt der Stadtrechnungshof eine generelle Richtlinie, eine sogenannte Empfehlung für die Bemessung von Führungskräftegehältern, auszuformulieren, die nach dem Vorbild der in unserer Prüfung gewählten Vorgangsweise zur Bemessung des Grades der Verantwortung eine sogenannte Score-Card, eine Beziehung zwischen messbaren Parametern und einem Intervall für die Bemessung der Bezüge herstellt. Eine weitere Empfehlung ist, dabei sollten neben den schon dargestellten Beurteilungskriterien auch verstärkt erfolgs- und leistungsorientierte weitere Kriterien verankert werden, um etwa eine Gewichtung danach zu ermöglichen, ob eine bestehende Struktur bloß fortgeführt werden oder aber fundamentale Umstrukturierungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen. Hiezu bietet sich eine verstärkte Erfolgskomponente, landläufig Prämie genannt, an. Die Formulierung eines entsprechenden Gemeinderatsbeschlusses über eine solche Richtlinie zur Entlohnung von Führungskräften erscheint dem Stadtrechnungshof und dem Kontrollausschuss empfehlenswert. Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen, diesen wirklich sehenswerten und hervorragenden Bericht sich zu besorgen, durchzulesen und bei allfälligen Fragen mit dem Herrn Stadtrechnungshofdirektor Kontakt aufzunehmen. Ich bitte um Kenntnisnahme und Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

31) StRH – 10684/2006

Bericht betreffend die Prüfung der
Versicherungsgebarung der Stadt Graz
bezogen auf die vergangenen fünf Jahre

Mag. **Frölich**: Meine Damen und Herren! Einen nicht minder interessanten Bericht hat der Stadtrechnungshof uns vorgelegt im Hinblick auf die Versicherungsgebarung der Stadt Graz bezogen auf die vergangenen fünf Jahre. Der Bericht beschäftigt sich insbesondere mit der Neuordnung der Versicherungsverhältnisse in den vergangenen Jahren, insbesondere in den Jahren 2004 und 2005, geht im Wesentlichen ein auf die Problematik der komplexen Zusammenhänge des Versicherungsmarktes und der Strukturen in dem die Verträge verwaltenden Amt und hält in seinen Feststellungen und in der Kritik fest, dass im Wesentlichen die Mängel in der Gebarung, die von der Innenrevision im Jahr 2003 erkannt und aufgezeigt worden waren, bestätigt werden, dass diese Mängel insbesondere im organisatorischen Bereich aber auch im rechtlichen Bereich lagen, Stichwort Nichteinholung von Organbeschlüssen oder Vergleichsangeboten etc. Im Detail wird ausgeführt, dass es nicht nur derartige Kritikpunkte gibt, sondern auch positiv bemerkt wird, dass beispielsweise die begonnene Risikovermeidungspolitik sich positiv auswirkt, das heißt, dass beispielsweise die Liegenschaftswerkstätten an der Sanierung von Gebäudeschäden beteiligt werden und so die Schadensquote gesenkt wird und gleichzeitig auch eine positive Entwicklung bei den Liegenschaftswerkstätten damit verbunden ist. Die Einbeziehung externer Fachleute, sprich: Professionisten, professioneller Makler hat in der Versicherungsgebarung eine enorme Professionalisierung gebracht und damit verbunden natürlich eine Optimierung der Verträge, das wird positiv festgehalten. Übrig bleiben auf Grund von unklaren Aussagen einige Fragen in der Praxis in Bezug auf Provisionierungen in den betrachteten Zeiträumen. Ein Kernpunkt der Kritik ist zusammenfassend, dass ein proaktives Risiko- und Versicherungsmanagement in dem betrachteten Zeitraum weder unter der jüngeren Amtsleitung noch zuvor zu beobachten war. Der Stadtrechnungshof hält aber letztendlich fest, dass unter Berücksichtigung der Argumente von Amtsleitungen und Finanzdirektion an seiner Kritik am Versicherungsmanagement früherer Jahre festgehalten wird und stellt natürlich fest, dass unter Hinweis auf die Marktmechanismen im Versicherungsbereich und am Versicherungsmarkt die Erzielung von positiven Ergebnissen im Hinblick auf eine

Verbesserung von Prämienalimente ein gewisses Verhandlungsgeschick und Verhandlungsergebnisse nicht prognostiziert werden konnten und so die bestmöglichen Konditionen schwer festzumachen sind. Der Kontrollausschuss hat all diese Diskussionspunkte ausführlich betrachtet und behandelt und ich bitte nun, den Prüfungsbericht und die Stellungnahme des Kontrollausschusses positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Herper

32) StRH – 12041/2007

Bericht betreffend die Prüfung HLH
Hallenverwaltung GmbH (vorm.
Steirischer Herbst
Veranstaltungsgesellschaft mbH)

GR. **Herper:** Kolleginnen und Kollegen! Helmut-List-Halle, durch den Stadtrechnungshof geprüft. Die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung festgestellt, die Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems im Grundzügen festgestellt, zum Jahresabschluss 2006 alle Maßnahmen, die dazu in Zusammenhang mit dem negativen Eigenkapital stehen, im Jahr 2007 durchgeführt, das heißt, die verbleibende Überschuldung bis März 2007 abgedeckt, die Ausführungen des Geschäftsführers zur Finanzlage bis Ende 07 und danach sind nachvollziehbar. Ich bitte um Kenntnisnahme und Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt

33) StRH – 8624/2007

Bericht betreffend die Prüfung Graz 2003
Kulturhauptstadt Europas Organisations
GmbH

Mag. **Korschelt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es handelt sich hier um ein Stück des Stadtrechnungshofes und zwar um die Prüfung Graz 2003 Kulturhauptstadt Europas Organisations GmbH. Auf Grund einer Prüfung von Amts wegen war mit der folgenden Zielsetzung Prüfung der gesellschaftsrechtlichen, steuerlichrechtlich und wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft, weiteren Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung des Jahresabschlusses zum 31.12.2006 mit Hinblick auf die Grundsätze der ordnungsgemäßen Durchführung durchzuführen. Die Prüfung hat kein negatives Ergebnis ergeben und so steht der Antrag, es ergeht auf Grundlage der Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Edlinger

NT 3) A 8 – 21515/06-23

Grazer Bau- und Grünlandsicherungs
GmbH Statut der Verhandlungen mit Fa.
Kovac

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht bei diesem Stück um einen Informationsbericht, der uns vorgelegt wird, damit wir ihn zur Kenntnis nehmen und der uns informieren soll über den Status der Verhandlungen mit der Firma Kovac. Zur Erinnerung, wir haben im Juni 2007 hier im Gemeinderat beschlossen, die GBG zu beauftragen, die Verhandlungen mit der Firma Kovac noch einmal dahingehend aufzunehmen, einen Versuch zu unternehmen, eine Gesamtab siedlung der Firma aus der Alten Poststraße zu erreichen. Diese große Lösung der Gesamtab siedlung ist, so wie es im Bericht dargestellt wird, wäre für die GBG wirtschaftlich nicht darstellbar. Es hat dann noch eine zweite Variante gegeben, dass die GBG alle Hallen kauft und der Firma Kovac wieder rückvermietet, was aber zur Folge gehabt hätte, dass sich für die Anrainer/Anrainerinnen dort vor Ort keine Verbesserung ergeben hätte und im Bericht wird ausgeführt, dass diese große Lösung der Absiedelung von der Alten Poststraße mittelfristig nur insofern zu erhoffen ist, als durch die Herstellung des Schleppbahnanschlusses für die Firma Kovac der Standort auf dem IPG-Gelände so interessant werden könnte, dass der gesamte Betriebsstandort dann auf das IPG-Gelände von Kovac verlegt wird. Aus diesem Grund hat sich die GBG für die nächsten fünf Jahre ein Vorverkaufsrecht auf die Restliegenschaft vertraglich gesichert. Die Firma Kovac war nicht bereit, für einen kleinen Hallenzubau in der Alten Poststraße im Ausmaß von 2.500 m² Hallenfläche ein neues Bauansuchen zu stellen und deswegen hat jetzt im Sinne einer kleinen Lösung an der Alten Poststraße die GBG eine vertragliche Situation mit der Firma Kovac geschaffen, die einige Entschärfungen im Sinne der Anrainer und Anrainerinnen gegenüber dem Status quo mit sich bringen würde. Diese vertraglichen Absprachen zwischen GBG und Kovac beziehen sich darauf, dass für den Fall, dass ein positiver Baubeschcheid sowie positiver Bescheid für die Betriebsanlage nach dem Gewerberecht in erster Instanz bis 1. Oktober 2007 ergeht, beziehungsweise sollten gegen diese Bescheide Einsprüche erhoben werden, ein positiver Bescheid im zweiten Bauverfahren 2. Instanz bis 17. Dezember erfolgt ist, für diesen Fall kann dann die GBG, falls das eintritt, den südlichen Teil der Liegenschaft kaufen und die Firma Kovac kann dann eben diese große Halle nicht

mehr errichten, sondern eine kleinere Halle. Bis Mitte Dezember hat die Firma Kovac auch die Möglichkeit, auf ein für sie wesentlich interessanteres Grundstück im Ausmaß von 29.000 m² im Innovationspark an der Schleppbahn gelegen zu optieren, diese Variante birgt für die Stadt Graz zumindest die mittelfristige Chance, dass mit der Realisierung des Schleppbahnanschlusses auch die restlichen Liegenschaften an der Alten Poststraße an die GBG verkauft werden, sobald die Hallen für die Firma Kovac wirtschaftlich abgeschrieben sind. Dann wird noch kurz auf das eisenbahnrechtliche Verfahren für das Stück der Schleppbahntrasse zum IPG-Gelänge eingegangen beziehungsweise darauf hingewiesen, dass es für die Firma Kovac vorstellbar ist, für diese Errichtung des Schleppbahnanschlusses auch einen Zuschuss zu den Sanierungskosten für die Gleisanlage zu entrichten. Ich bitte um Annahme, dass dieser Informationsbericht zur Kenntnis genommen wird. Danke.

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

GR. Mag. **Candussi**: Danke, Elke Edlinger, für den ausführlichen Bericht. Es ist ein Bericht, denn ich nur mit sehr großem Bauchweh zur Kenntnis nehmen kann. Ich habe gehört, ich bin nicht der Einzige, auch der Werner Miedl hat sich, glaube ich, in der Sache schon, habe ich gehört, geäußert. Etwa auch in meinem Sinn. Bauchweh habe ich nicht nur, weil es ein Kompromiss ist, der die Stadt Graz sehr teuer kommt, das ist einmal der eine Punkt, über den Umweg der GBG, Bauchweh habe ich vor allem, weil es ein Stück ist, das die Baubehörde, die Bau- und Anlagenbehörde aus meiner Sicht sehr stark unter Druck setzt. Stellen wir uns vor, die Beamten kämen zu dem Schluss, dass das Bauansuchen der Firma Kovac nicht den Regeln entspricht. Sie kämen allein schon zeitlich nicht zurande. Ich nehme an bei der Fristsetzung, dass da andere Sachen zurückgestellt werden müssen, damit das vorgezogen wird. Allein das ist schon eine seltsame Optik in dem Ganzen. Kämen die Beamten zu dem Schluss, dass das dort so nicht genehmigungsfähig ist, dann hätten die Beamten sofort den schwarzen Peter, weil sie die Schuldigen sind für die sicher

weiterhin unerträgliche Wohnsituation in der Alten Poststraße und das wird sich vermutlich ein Beamter nur sehr schwer trauen können. Die Politik ebenso, denke ich, deshalb habe ich großes Bauchweh. Ich weiß, dass ich wahrscheinlich dort auch nicht viel anderes herausverhandeln hätte können oder kaum jemand anderer von uns, weil die Firma Kovac einfach die bessere Karten hatte und das ist das eigentliche Problem ist, wie kam sie zu diesen guten Karten und da liegt das Übel im Flächenwidmungsplan und ich möchte erinnern, wir hätten diese Schwierigkeit nicht, ich kann mich noch erinnern an die Debatten, die wir beim 3.0 Fläwi hatten, über mangelnde Pufferzonen, über zu geringe Abstände und über die Unverträglichkeit von Industrie und Wohngebiet in unmittelbarer Nähe. Und leider sind diese Sachen damals, und ich hoffe, dass das wirklich, viele damals Beteiligte sind nicht mehr im Raum, aber für den künftigen Fläwi eine Lehre sein wird, dass diese Konfliktfelder jetzt nicht nur schlechte Auswirkungen oder üble Auswirkungen für die Anrainerinnen und Anrainer, BewohnerInnen dieser Stadt haben können, sondern auch furchtbare Auswirkungen, sage ich einmal, haben können auf die Verhandlungssituation der Stadt Graz, wenn sie sich für die Anrainerinnen und Bewohnerinnen und Bewohner einsetzt. Wie gesagt, Zustimmung ja, aber mit sehr viel Bauchweh und der Hoffnung, dass das Ganze möglichst gut über die Bühne geht.

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hermann Candussi hat die inhaltlichen Probleme Causa Kovac-Gründe erklärt und dem können wir uns, glaube ich, vollinhaltlich anschließen. Wer die Verhandlungspartner für die Stadt Graz in dieser Causa kennt, wird mir beipflichten, dass es bei Gott nicht leicht ist, dort zu verhandeln und zu einem guten Ergebnis zu kommen, das ist mir voll und ganz bewusst. Dennoch haben wir andere Vorstellungen gehabt für die Entwicklung der Kovac-Gründe, wir glauben, und deshalb können wir dem vorliegenden Informationsbericht nicht zustimmen, dass die Stadt Graz eine einmalige Chance auslässt, eine städtische Entwicklung auf einem hochwertigen Gebiet wird versäumt. Man darf nicht nur die Investitionskosten für den Hallenkauf der Firma Kovac rechnen, sondern man müsste auch den Gewinn gegenüberstellen, der uns in der Puchstraße bei der IPG ins Haus steht, wenn die Firma Kovac dort, und sie ist dazu bereit, 29.000 m² brachliegendes Industriegelände

an der Schleppbahn kauft. Also meine Herrschaften, wir wissen genau, dass das Projekt Innovationspark Puchstraße sehr schleppend anspringt. Es gibt viele Gründe dazu, auf die will ich jetzt nicht eingehen, aber dort liegt noch immer in etwa die Hälfte ungenützt brach. Hier könnten wir einen großen Teil des hochwertigen Industriegebietes an einen Investor, der sich bereit erklärt hat in einer Absichtserklärung, wenn die Stadt entsprechende Mittel in die Hand nimmt und sagt, wir wollen in der Zeppelinstraße/Alte Poststraße ein hochwertiges Wohngebiet für die Stadt weiterentwickeln, das wäre unsere Vorstellung gewesen und ich bitte noch einmal die Zuständigen und insbesondere den Finanzstadtrat zu überlegen, ob er diese Rechnung nicht doch nur so eindimensional anstellt, sondern das Gesamtheitliche betrachtet und die Stadtentwicklung in diesem Gebiet vorantreiben könnte (*Applaus KPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mayr

NT 8) A 8 – 8/2007-24

Stadtbaudirektion,
Nahverkehrsdrehscheibe Graz
Hauptbahnhof
1. Projektgenehmigung über
€ 5.000.000,- in der AOG 2007-2010
2. haushaltsplanmäßige Vorsorge über
€ 500.000,- in der AOG 2007
3. Reduzierung der Projektgenehmigung
„HL-AG Ausbaumaßnahmen“ von
€ 42.650.000,- auf € 37.650.000,-

NT 9) A 10/BD – 23257/2003-276

Ausbau Südbahn/Koralmbahn Graz
S-Bahn-Ausbau Großraum Graz
Nahverkehrsdrehscheibe Graz
Hauptbahnhof
Planungsphase
Projektgenehmigung über 5,0 Mio. € für
den Zeitraum 2007-2010

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich bemühen, in den Worten des Stadtrates zu formulieren. Kurz noch um Aufmerksamkeit, ein ganz wesentliches Stück, wir haben ja heute schon um das Thema Feinstaub diskutiert. Nicht der einzige Grund, wieso das Thema Nahverkehrsdrehscheibe eine besondere Bedeutung hat, das S-Bahn-Projekt des Landes kommt durchaus ins Laufen, das würde dazu führen, dass am Bahnhof selbst man damit rechnet, dass insgesamt 23.000 zusätzliche Fahrgäste eintreffen, darüber hinaus ist auch mit dem derzeitigen Verkehrsaufkommen die Verkehrssituation im Bereich der Kreuzung und des Bahnhofes auch mit der Anbindung der Straßenbahnen eben nicht mehr so befriedigend und seit langem eben der Wunsch nach einer Klärung dieser Situation. Darüber hinaus kennen wir alle die Diskussion um das Einkaufszentrum in der Annenstraße und das Projekt aus dem Hochleistungsausbau an sich, das zu einer Umbausituation der Unterführung Eggenberger Straße führen würde. All dies zusammen genommen hat jetzt dazu geführt oder hat es ermöglicht, hier durch eine Umschichtung im Bereich der Stadtbaudirektion in Umschichtung im Projektbereich der AOG es zu ermöglichen, dieses wesentliche Projekt, das für die nächsten zehn Jahre ganz besondere Akzente in Graz setzen soll, zumindest einmal in die Planungsphase zu bringen. Das Ganze würde so ausschauen, dass die Phase 1, die Planungsphase eben vom Jahr 2007 bis zum Jahr 2010 angesetzt ist und hier ein Volumen von fünf Millionen Euro angesetzt wird und das wird zur Verfügung gestellt durch eine Umschichtung, nämlich dadurch, dass das Projekt der Unterführung in der Josef-Huber-Gasse zurückgereiht wird. In den Jahren 2007 eben 0,5 Millionen, dann 1,75 Millionen Euro bis zum Jahr 2010 insgesamt fünf Millionen Euro. Das Projekt sieht, wie wir ja schon in den Ausschüssen auch intensiv diskutiert haben, zunächst einmal die Straßenbahnunterführung am Eggenberger Gürtel vor, die Einbindung der Straßenbahnlinien, die durch die Annenstraße kommen auf unterirdischem Niveau zum Bahnhof und eine Rückführung der Trasse in die Eggenberger Straße, im Bereich der Unterführung eine Umkehrmöglichkeit, eine Schleife im Bereich der Remise 3 in der Alten Poststraße. Die Projektphasen im Bereich der Planung beziehen sich auf die Erstellung der eisenbahnrechtlichen Einreichplanung, die eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungen, die Detailplanungen, die Durchführungen, die Beweissicherungen und die Detailplanungen an sich. Das Projekt an sich bis zur Umsetzung, die vom Jahr 2010 bis 2014 angesetzt wird, würde einen Kostenrahmen insgesamt, da geht man von einer Schätzung von 80 Millionen Euro heute aus. Das

Stück der Finanzdirektion bezieht sich eben jetzt auf die Projektgenehmigung und die haushaltsplanmäßige Vorsorge für die AOG 2007 und die Reduzierung der Projektgenehmigung hinsichtlich der Josef-Huber-Gasse.

Zur NT 8):

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 32/2005 beschließen:

1. In der AOG 2007-2010 wird die Projektgenehmigung „NVK Hauptbahnhof – Planungsphase“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 5.000.000,- im Rahmen des AOG-Programms 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2007	MB 2008	MB 2009	MB 2010
NVK Hauptbahnhof - Planungsphase	5.000.000	2007-2010	500.000	1.750.000	1.750.000	1.000.000

beschlossen.

2. In der AOG des Voranschlages 2007 wird die neue Fipos

5.69000.002000 „Straßenbauten, NVK Hauptbahnhof“
(Anordnungsbefugnis: BD) mit € 500.000,-
geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

6.69000.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“
um denselben Betrag erhöht.

3. Die Projektgenehmigung „HL-AG Ausbaumaßnahmen“ wird von € 42.650.000,- um € 5.000.000,- auf € 37.650.000,- reduziert und die Änderung im AOG Programm 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	Vorjahre	MB 2007	MB 2008	MB 2009
HL-AG Ausbaumaßnahmen	37.650.000	2003- 2009	9.165.761,26	16.071.500	10.500.000	1.912.738,74

beschlossen.

Zu NT 9):

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der gegenständliche Bericht und die dargestellten geplanten Ausbaumaßnahmen für die Nahverkehrsdehlscheibe Graz Hauptbahnhof werden genehmigt.
2. Die Reduzierung der Projektgenehmigung betreffend den Ausbau der Südbahn/Koralmbahn im Abschnitt Graz Hbf. – Graz Puntigam/Grenzgasse – Mitterstraße (GZ. A 8-K 121/199-66 bzw. A 10/BD – 23257/2003-122) um 5.000 Mio. € 42.650 Mio. € auf 37.650 Mio. € wird genehmigt.
3. Die Projektgenehmigung „Nahverkehrsdehlscheibe Graz Hauptbahnhof – Planungsphase“ wird im Sinne des vorliegenden Berichtes genehmigt. Der Finanzbedarf beträgt 5.000 Mio. € mit folgender Jahresaufteilung:

Jahr	Anteil in %	Betrag in Mio.
2007	10 %	0,500
2008	35 %	1.750
2009	35 %	1.750
2010	20 %	1.000

4. Die Stadtbaudirektion wird unter Beiziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der konkreten Projektleitung des Gesamtprojektes bevollmächtigt.
5. Die Projektdurchführung erfolgt entsprechend dem im parallelen Finanzstück zu beschließenden Finanzierungsvertrag zwischen der Stadt Graz und der Grazer Stadtwerke AG durch die Grazer Stadtwerke AG.
6. Die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im parallelen Finanzstück festzulegenden Voranschlagstellen.
7. Die Errichtung der Nahverkehrsdehlscheibe Graz Hauptbahnhof liegt nicht nur im Interesse der Stadt Graz, sondern auch im Interesse der in den Planungsprozess integrierten Partner ÖBB und Land Steiermark. Daher ist eine entsprechende Kostenbeteiligung dieser Stellen anzustreben. Stadtbaudirektion und Finanzdirektion werden beauftragt, mit den ÖBB und

dem Land Steiermark sowie allenfalls mit dem Bund und sonstigen Dritten entsprechende Errichtungs-, Finanzierungs- und Erhaltungsübereinkommen zu verhandeln und diese dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

GR. Mag. **Candussi**: Ich habe vorher schon von den Fläwi-Verhandlungen zum Fläwi 3.0 berichtet, für die, die damals schon dabei waren, vielleicht altbekannt. Am 10. Dezember 1998 berichtet ganz aktuell die Kleine Zeitung, Hans Andrej, unter dem Titel: „Für freie Fahrt über die Südbahn“, Zitat, von einer zukunftsorientierten Planung spricht der zuständige Stadtrat Franz Josel. Offen bleibe die Finanzierung und dann von den geplanten Kosten etc., da müsste die HL-AG soundsoviel tragen, den Rest müssten Stadt, Land und Bund berappen. Die Stadt Graz muss sich bis Anfang nächsten Jahres entscheiden. Gestern wurde der Verkehrsausschuss über die Planungen informiert, in den nächsten Wochen sollen auch Gespräche innerhalb der Stadtregierung stattfinden. Gut, es sind mehrere Stadtregierungen durch diese Hallen gewandelt, haben viel gesprochen, der neuerliche Startschuss wird gegeben. Ich freue mich natürlich darüber, dass es offenbar ernst ist. Kollegin Uray-Frick hat heute schon einmal gesagt, der 20. Jänner winkt aus allen Winkeln, ich will nicht hoffen, dass auch das ein Motiv für das heute vorgelegte Stück ist und ich will nicht hoffen, dass die möglicherweise plakatierten durchgesetzt, umgesetzt und sonstigen Plakate nach dem 20. Jänner der Ernüchterung weichen, weil möglicherweise die Zusagen des Bundeskanzlers auf der Rückseite der Serviette nicht wirklich die zutreffenden sind oder dass die Zusagen des Landeshauptmannes oder des Stellvertreters, der für die Stadt zuständig ist, möglicherweise auch nicht mehr so gemeint waren, sondern ganz anders und dass wir uns das aus den Möst-Mitteln bezahlen sollen, die wir schon seit zehn Jahren nicht kriegen. Ich will hoffen, dass die Planung dort endlich einmal wirklich in die richtigen Bahnen kommt und deshalb stimmen wir natürlich gerne zu, würden das ganz gerne aber auch an eine Realisierungsgarantie knüpfen, die wir heute leider nicht kriegen werden und auf die wir vermutlich bis nach dem 20. Jänner warten werden müssen. Danke.

GR. **Slamanig:** Ich will die Damen und Herren mit so einer wichtigen Entscheidung nicht noch quälen oder weiter quälen, weil wir haben schon wirklich fortgeschrittene Sitzfleischstunden hinter uns, aber ein paar Überlegungen möchte ich dann doch dem Gemeinderat nicht vorenthalten, hätte ich gesagt. Bei der Geschichte hat ja Hermann Candussi schon ausgeführt, dass es ja schon ein sehr alt gedientes Projekt ist. Uns freut genauso wie ihn, dass wir jetzt endlich wieder einmal einen Anlauf nehmen, obwohl ich schon sagen muss, dass wir für viele Projekte, die im Umfeld des Bahnhofes liegen, auch Erklärungsbedarf haben. Das ist einerseits die Connection Steinfeldunterführung mit der Josef-Huber-Gasse, die also damit unmittelbar im Zusammenhang steht, weil die Leute, die also über den Steinfeldfriedhof gefahren sind, jetzt natürlich mit Recht fragen, welchen Ersatz bekommen wir für diese Fußgängerunterführung oder für die jetzt nur mehr bestehende Fuß- und Radwegunterführung. Die Josef-Huber-Gasse scheint durch das Projekt Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof weiter nach hinten verschoben zu werden oder werden zu müssen und die Damen und Herren, die diese Entscheidung jetzt treffen, sollen auch dafür Sorge tragen, dass wir die Grazer Bevölkerung darüber deutlich informieren, wann mit der Josef-Huber-Gasse als wichtiges Leitprojekt zwischen Ost und West zu rechnen ist. Worauf ich besonders Wert lege, ist der Umstand, dass die ÖBB ihrerseits, wenn es darum geht, sich von bestehenden Projekten zu verabschieden, schon eine großartige Tradition hat. Ich verweise auf die Lärmschutzwände oder Schallschutzwände an den Bestandstrecken der ÖBB, aber auch an den Personentunnel, der schon spatenstichreif um 2003 wieder fallengelassen wurde, weil offenkundig die Bereitschaft der ÖBB nicht da war, dieses Projekt tatsächlich umzusetzen. Und einen Gedanken möchte ich auch noch anbringen, also die Planer haben jetzt ausschließlich am Vorplatz dieser Nahverkehrsdrehscheibe einen Straßenbahnbahnhof in der Linie Ebene Minus 1 vorgesehen, was ja eine völlige Änderung der ursprünglichen Planung bedeutet, weil ursprünglich war geplant, dass die Fahrgäste auf der Ebene Minus 1 die Halle des Hauptbahnhofes über diesen Straßenbahnbahnhof verlassen und dann möglicherweise bis zur Annenpassage in der Ebene Minus 1 durchgehen können. Das wird jetzt, wie dieses Projekt vorgeschlagen wird, nicht passieren, also die Leute werden den Personentunnel unter dem Bahnsteig vorne in die Bahnhofshalle nach oben gehen, in die Ebene 0 und dann den Straßenbahnanschluss in der Ebene Minus 1 ansteuern, das heißt, man mutet den Fahrgästen dann ein Berg- und

Talgehen zu. Also ich würde das zu überlegen geben, ob nicht wie ursprünglich geplant in der Ebene Minus 1 also weiter zu verfahren sei. Also das sind meine Überlegungen, die ich heute einmal kurz darstellen will, obwohl es schon sehr fortgeschrittene Stunde ist, aber ich freue mich trotzdem wenn es also bei der Durchsetzung dieses Projektes einen endgültigen Fortschritt gibt (*Applaus KPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Damen und Herren! Ich bin mir nicht ganz sicher, ob allen bewusst ist, dass wir hier ein Jahrhundertprojekt, ja eine Jahrhundertchance, beschließen, mit diesem Umbau der Verkehrssituation beim Hauptbahnhof. Es ist nicht nur dem Verkehrsstadtrat, sondern insbesondere auch dem Finanzstadtrat zu danken, dass er dafür die Mittel bereitstellt, es ist nämlich Graz, das den ersten Schritt hier geht in diesem Zusammenhang, wir gehen, wie man so schön sagt, in Vorlage und hoffen jetzt, dass Land, Bund, ÖBB und auch ECE, die auch sehr profitieren von dieser Verkehrslösung, mitziehen werden, sodass das Paket, das letztendlich auf unserem Rücken bleibt, vertretbar ist und tragbar bleibt. Mit fünf Millionen, wie gesagt, gehen wir in Vorlage, wir geben Gas in der Planung, wir gehen in die Detailplanung, wir gehen in die Verfahren hinein und es ist zu hoffen, dass dieses Projekt 2012/2013 einen guten Abschluss finden wird. Die Chancen dafür stehen besser denn je, den auch das Land Steiermark, Landeshauptmann Voves, hat es versprochen, gibt Gas im Bereich S-Bahn, Landesrätin Edlinger ist drauf und dran, dieses Projekt bereits beginnend mit dem nächsten Fahrbahnwechsel kräftig umzusetzen, wir brauchen das aus verschiedensten Gründen. Immer mehr Pendler strömen nach Graz, prinzipiell positiv, negativ natürlich die Umwelteffekte, die damit verbunden sind, Feinstaub ist bereits mehrfach, auch in diesem Gemeinderat, erwähnt worden, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die S-Bahn ist einer der zentralen Schlüssel zur Hintanhaltung der negativen Umwelteffekte. 27.000 Pendlerinnen und Pendler können wir uns bei Fertigstellung der S-Bahn am Grazer Hauptbahnhof zusätzlich erwarten. Diese Leute wollen natürlich verteilt werden, wollen umsteigen auf die Straßenbahn und das sollte möglichst komfortabel passieren, auch ich bin nicht ganz glücklich darüber, dass das sozusagen nicht auf der Ebene unterhalb der Bahnsteige passiert, dass die Leute bergauf, bergab müssen, aber immerhin stehen Rolltreppen

und Lifte zur Verfügung und so schwierig ist es dann, wie man in Linz sieht, dem wohl modernsten Bahnhof, Hauptbahnhof derzeit in Österreich, dann auch wieder nicht. Dort spielt sich das ganze Geschehen sogar auf insgesamt drei Ebenen ab, man muss auf Minus 2, um zur Straßenbahnstation zu gelangen. Ich habe kein Murren darüber gehört dort, es läuft dort außerordentlich komfortabel ab, es wäre wünschenswert gewesen, aber bereits jetzt schätzen wir Kosten von 80 Millionen Euro, darüber hinaus, das wäre wohl nicht mehr vertretbar gewesen. Ich glaube, dass das eine sehr elegante und optimale Planung ist, die bisher vorgelegt wurde. Jetzt, wie gesagt, geht es in die Detailplanung, warum spreche ich von einer Jahrhundertchance und nicht nur von einem Jahrhundertprojekt? Es birgt dieses Projekt die Chance, das immer wieder auch vom sozialen Abstieg gefährdete Gebiet, Viertel um den Bahnhof, um den Hauptbahnhof städtebaulich aufzuwerten. Das bedarf allerdings eben städtebaulicher Maßnahmen, städtebaulicher Planung, Verkehrsstadtrat Rüscher hat hier angedeutet, dass er darüber auch nachdenken will, es geht darum, dieses Gebiet insgesamt für Investoren aufzuwerten, hier die Linie vorzugeben, die große Linie vorzugeben, wie wir uns dieses Gebiet vorstellen können und wollen. Vorbildlich, wer es sich anschauen will, Salzburg, Linz, aber natürlich auch Wien mit dem neuen Zentralbahnhof, dort wurde, glaube ich, oder wird, bei Wien muss man in die Zukunft schauen, wird diese Chance auch wirklich genutzt. Ich würde mir das auch für Graz wünschen, ich glaube, da geht es gar nicht um die großen Mittel, da geht es eher um eine Vorstellung, eine konkrete Ausarbeitung eines Entwicklungskorridors für dieses Viertel, das, wie gesagt, wenn man nichts tut, immer in der Gefahr ist, sozial, ökonomisch, ökologisch abzustiegen, das können wir uns für diesen Hauptbahnhof nicht wünschen. Es ist tatsächlich das zweite Subzentrum von Graz, das es wert ist, die Bevölkerung dort sollte es uns wert sein, weiterentwickelt zu werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Tagesordnungspunkt NT 8) und NT 9) wurden einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Hohensinner

NT 16) SSA – 20907/2003-16

Ausbau der Schuldemokratie durch
Einführung von SchulsprecherInnen auf
regionaler Ebene;
Petition an die Bundesregierung

GR. **Hohensinner**: Ganz knackig kurz. Ich muss nur ganz kurz ergänzen zu meinem dringlichen Antrag bezüglich Maßnahmen zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung, die Frau Dr. Sprachmann hat im Vorfeld mich gebeten, einen Satz reinzuformulieren, ich habe das natürlich gemacht und in der Wechselrede habe ich gesagt, ich bin mir nicht hundertprozentig sicher, ob das notwendig ist und ich sage jetzt nur zur Richtigstellung, es war notwendig. Wir haben gemeinsam da nachgelesen, danke für die Ergänzung, Frau Dr. Sprachmann.

Ja zu dem Stück, hier geht es um mehr Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern in unserer Stadt. Erstmals hat die Landesschülervertretung in Graz einen Stadtschulsprecher ernannt, das kann die Landesschülervertretung laut der Geschäftsordnung, das ist der Patrick Kratzenstein, jetzt geht es darum, das Bundesgesetz diesbezüglich anzupassen. Es soll dahingehend abgeändert werden, dass im Sinne der Erweiterung basisdemokratischer Mitbestimmungen auch Schülervertretungen auf regionaler Ebene eingerichtet werden. Bitte um Zustimmung. Danke.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

Im Rahmen der Neuorganisation der Schulverwaltung sollen auch die Bestimmungen über die überschulischen Schülervertretungen (Bundesgesetz über die überschulischen SchülerInnenvertretungen BGBl. 284/1990) dahin abgeändert werden, dass im Sinne der Erweiterung basisdemokratischer Mitbestimmungen auch SchülerInnenvertretungen auf regionaler Ebene eingerichtet werden.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt erledigt.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 21.20 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb